N 20587 F

Fragen der Freiheit

Mai/Juni 1988
Heft 192

Perspektiven der Wirtschaft heute

Dunkel ist die Nacht, bei Gott ist Licht
Warum hat er uns nicht auch so gericht.

***

Welch eine bunte Gemeinde!
An Gottes Tisch sitzen Freunde und Feinde.

***

Soll ich dir die Gegend zeigen
Mußt du erst das Dach besteigen

***

Verschon uns, Gott, mit Deinem Grimme
Zaunkönige gewinnen Stimme

***

Ihr nennt mich einen kargen Mann
Gebt mir was ich verprassen kann!

***

Soll man dich nicht aufs schwerste berauben,
Verbirg dein Gold, dein Weggehn, deinen Glauben!

***

Laß dich nur zu keiner Zeit
Zum Widerspruch verleiten!
Weise werden zu Unwissenden,
Wenn sie mit Unwissenden streiten

Goethe
(Sprüche in Reimen)

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 192

Mai/Juni 1988

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung
Badstraße 35, 7325 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73

Postverlagsort: 5400 Koblenz

Inhaltsverzeichnis

Seite

Manfred Ehmer
Die föderative Gestaltung des Sozialen Organismus
– Constantin Frantz über den Auftrag Mitteleuropas – 3

Wolfgang Kessler
Dynamik und Gefährdungen der Weltwirtschaft 9

Helmut Creutz
Ansätze zum Abbau der Scherenöffnung zwischen zunehmender Marktsättigung und Geldvermögensbildung 15

Alois Dorfner
Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Geld als öffentliches Gut
– Ein Beitrag zur Geldökomomie – 47

Hans Doerner
Währungsunion – aber keine Weich-Währungsunion 60

Tagungsankündigung 63

Die föderative Gestaltung des Sozialen Organismus

– Constantin Frantz über den Auftrag Mitteleuropas –

Manfred Ehmer

Ein vergessener Sozialimpuls

Es gehört zur Tragödie des deutschen Geistes, daß von Deutschland seit den letzten Jahrhunderten ein sozialer Gestaltungsimpuls ausgegangen ist, der auf der Ebene der Politik und der gesellschaftlichen Ordnung nicht Wirklichkeit werden konnte, sondern wie ein Rinnsal versickerte im politischen Leben Deutschlands. Dieser soziale Gestaltungsimpuls aus der Wesensmitte Deutschlands heraus ist der *organisch-föderative*. Man könnte auch sagen: der genossenschaftliche. Die Genossenschaft – die Föderation – ist etwas Organisches, eine organische Bildung im Sozialen. Der Föderalismus ist nichts anderes als die Anwendung organischen Denkens auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens, auf Politik, Wirtschaft und Kultur. *Föderalismus ist sozial-organischer Gestaltungswille.*

Das Genossenschaftliche entspricht den alten Freiheits- und Gewohnheitsrechten der Germanen. Die politische Lebensform der Germanen war – wie *Tacitus* im 11. Kap. der »Germania« berichtet – die gemeindliche Urdemokratie (»Über geringfügigere Anliegen beschließen die Gaufürsten allein, über bedeutendere alle Gemeinfreien . . .«). In den sozialen und politischen Lebensformen des deutschen Mittelalters konnte die freiheitlich-germanische Rechtstradition fortgesetzt werden. Das mittelalterliche Reich war ein Gebilde, das mit den heutigen staats- oder völkerrechtlichen Begriffen nicht erfaßt werden kann. Es war ein nationübergreifender, vom Geist christlicher Spiritualität durchdrungener politisch-sozialer Gesamt-Organismus. In den zahlreichen freien Städten, in Zünften, Innungen und Korporationen aller Art waltete der Geist genossenschaftlicher Selbstverwaltung.

Als das herrschafts-orientierte *Römische Recht* in Deutschland eingeführt wurde (Reichstag zu Worms 1495), da mußten die Gemeindefreiheit, das Gemeineigentum an Boden und die Selbstverwaltung der Korporationen zurückweichen vor dem uneingeschränkten Privateigentum und dem zentralistischen Machtstaat. Dies war eine äußerst verhängnisvolle Entwicklung. Und doch traten in der Folgezeit immer wieder Einzelne auf, die den Vorschlag machten, bei der Gestaltung des öffentlichen Lebens an die germanisch-deutsche Tradition der Genossenschaftlichkeit und des Föderalismus anzuknüpfen: zuerst der Rechtsgelehrte *Johannes Althusius* (1557–1638), dann der *Freiherr vom Stein* (1757–1831), später *Otto von Gierke*

(1841–1921), *Constantin Frantz* (1817–1891) und *Artur Mahraun* (1890–1950), der Begründer des Nachbarschaftsgedankens.

In den folgenden Kapiteln sollen ausschließlich die Ideen von *Constantin Frantz* behandelt werden. Frantz, von Beruf politischer Journalist, Verfasser zahlreicher Bücher, war – in wenigen Stichworten gesagt – Romantiker, Großdeutscher und Vertreter eines mitteleuropäischen Föderalismus. Frantz ist heute ein Unbekannter, und schon zu seinen Lebzeiten war er ein Verkannter. *Richard Wagner* nannte ihn jedoch einen *»der umfassendsten und originellsten politischen Denker und Schriftsteller, auf welchen die deutsche Nation stolz zu sein hätte, wenn sie nur erst ihn zu beachten verstünde«* (1867). Die von Frantz entwickelte Föderalismus-Idee, seine Vorschläge zur föderativen Gestaltung des Sozialen Organismus – der Ordnung des Staates, der Wirtschaft und der Kultur – sind von bleibendem Wert und können auch unserer Zeit zukunftsweisende Impulse geben.

Deutschland am Scheideweg

Frantz war nicht nur ein Zeitgenosse von *Bismarck*, er war vor allem der entschiedenste politisch-geistige Antipode Bismarcks, der unerbittlichste Kritiker und Gegner des preußischen Reichsgründers. Diese Gegnerschaft zu Bismarck kam nicht aus irgend einem vagen anti-preußischen Ressentiment heraus, sondern ihr eigentlicher Quell war ein tieferes Wissen um die geschichtliche Rolle Deutschlands in der Vergangenheit und um den politischen Auftrag, der sich für die Gegenwart und Zukunft daraus ergibt. Und worin sah Frantz den politischen Auftrag Deutschlands?

Nicht darin, sich in einen abgeschlossenen Nationalstaat zu verwandeln, als nationaler Machtstaat dazustehen in der Mitte Europas! Deutschland, als das eigentliche Land der Mitte, als das Herzzentrum Europas, hat vielmehr aus seiner Geschichte heraus den übernationalen Auftrag, ausgleichend zu vermitteln und auszusöhnen zwischen den Weltgegensätzen von Nord und Süd, von West und Ost. Die sogenannte *»deutsche Frage«* betrifft nicht nur Deutschland selbst, sondern weist weit hinein in den mitteleuropäischen, in den gesamt-europäischen Raum. Dies hat Frantz schon klar und deutlich erkannt, und in zahlreichen Publikationen den Verfechtern eines deutschen Nationalstaates immer wieder vorgehalten.

Im Revolutionsjahr 1848 stand Deutschland politisch am Scheideweg: welche künftige staatliche Lebensform sollte es sich geben? Zerbrochen war der Deutsche Fürstenbund, dieses von *Metternich* regierte Restaurationssystem; machtvoll war der Liberalismus, die nationale deutsche Einheitsbewegung auf den Plan getreten. Aber lange Zeit mußten die Abgeordneten in der Paulskirche darüber beratschlagen, wie denn die künftige Verfassung Deutschlands

aussehen solle. Vor allem war ja die Streitfrage, ob Österreich in den politischen Gesamtkörper Deutschlands einbezogen werden sollte oder nicht.

Im Jahr 1848 ließ *Constantin Frantz* seine erste bedeutendere Druckschrift erscheinen, eine Broschüre von knapp fünfzig Seiten, mit dem Titel »Polen, Preußen und Deutschland«. Dort stellte er Föderationspläne auf, die selbst über die Position der Großdeutschen weit hinausgingen: Deutschland, heißt es dort, und zwar einschließlich Österreich, soll sich föderativ ausweiten zu einer größeren mitteleuropäischen Völkerfamilie, soll Kernpunkt werden eines größeren kontinental-europäischen Bündnissystems. Ein politisch geeinter Länderkomplex stand Frantz vor Augen, der sich erstrecken sollte von der Mündung des Rheins bis in das Baltikum, vom Elsaß bis zur Mündung der Donau, zum Schwarzen Meer. In diesem staatenbündischen System einer Mitteleuropäischen Union würde ein föderativ geeintes Deutschland im Zentrum stehen, nicht als Herrscher, sondern als Vermittler und Friedenswächter.

Wie ganz anders wäre doch die deutsche Geschichte verlaufen, wenn man schon 1848 den Weg zu einer übernationalen Mitteleuropäischen Union beschritten hätte! Es wäre – vermutlich – weder zu einem Ersten noch zu einem Zweiten Weltkrieg gekommen. Es wäre weder zu nationalistischen Entgleisungen und Gefühlsausbrüchen gekommen (wie im Kaiserreich von 1870/71), noch zu jenen großen nationalen Katastrophen, unter denen wir als Deutsche heute zu leiden haben.

Die förderative Ordnung des Staates, der Wirtschaft und der Kultur

Förderalismus war für Frantz nicht nur ein vereinigendes und befriedendes Prinzip im Völkerleben, sondern auch ein internes Ordnungs- und Gliederungsprinzip für den Aufbau des Staates, der Wirtschaft und der Kultur. Föderalismus also als universales Vergesellschaftungsprinzip, das die verschiedenen, stufenförmig aufgebauten Lebenskreise – von der Familie über die Gemeinde bis zur Nation und Völkergemeinschaft – durchdringt und zu einem höheren Ganzen vereint.

Der Föderalismus wird von Frantz eben echt germanisch-genossenschaftlich aufgefaßt als das freie Einungsprinzip, als Vereinigung gemäß dem Urbild des Bundes. »Födus«, lateinisch, heißt »Bund«, und der Föderalismus ist das freie Zusammenwirken auf der Grundlage freier Bünde, die sich von unten nach oben pyramidenförmig aufbauen, von den kleineren und ursprünglichen bis zu immer größeren und umfassenderen. So ist das soziale Ganze schließlich ein allumfassender Organismus, den man als einen »Bund der Bünde« bezeichnen könnte.

So gleicht das bündisch verfaßte Gemeinwesen einer Pyramide, bei der jegliche Machtkompetenz zur Spitze hin graduell abnimmt. Es gibt keine

Machtzentralisation, keine Machtfülle an der Spitze, weder politisch noch wirtschaftlich. Dies ist gerade der grundlegende Unterschied zwischen dem Gesellschaftsbild des Föderalismus und dem des Zentralismus.

Grundlage des staatlichen Lebens muß die Gemeindefreiheit sein. Auf der Gemeindeebene muß die Machtkompetenz erstrangig verbleiben, und von dort aus wird die Macht stufenweise hochdelegiert auf immer höhere Ebenen, auf die Kreisebene, auf die Regionalebene, zuletzt auf die gesamt-nationale Ebene. *Jede politische Willensbildung verläuft strikt von unten nach oben.* Den föderativen Kammern auf den verschiedenen Ebenen werden als gleichwertige Ergänzung berufsständische Vertretungskammern beigeordnet.

Das Wirtschaftsleben, das weder zentralistisch von einem allmächtigen Staat regiert noch den Willkür-Gesetzen des Kapitalismus unterworfen werden soll, wird im Modell von Frantz demokratisch selbstverwaltet von berufsständischen Organen. Ein Ständesystem wird im Grunde also angestrebt, aber kein hierarchisches im Sinne des Feudalismus, sondern ein dezentrales System freier staatsunabhängiger Selbstverwaltungs-Organe des Wirtschaftslebens. Im übrigen versprach sich Frantz viel von einem genossenschaftlichen Bank- und Kreditwesen, welches seiner Meinung nach die private kapitalistische »Geldherrschaft« – nach Frantz die Quelle allen Übels! – beseitigen könnte.

Hier spannt sich ein Bogen von Frantz zu *Pierre Joseph Proudhon* (1809 – 1865), der in der Gegenseitigkeit das Grundprinzip der Tauschgerechtigkeit erkannte und dem Kapitalismus wie dem Kommunismus als Dritten Weg eine umfassende sozial-förderative Ordnungsidee entgegenstellen wollte. Und von Proudhon läßt sich eine geistige Linie weiterziehen zu *Silvio Gesell* (1862 – 1930), dem Erfinder des zinsfreien Geldes, – dem eigentlichen Überwinder der »Geldherrschaft«.

Das eigentlich Wertvolle an den Ideen von Frantz aber ist, daß sie die Grundlage bilden für eine neue Gesellschaftsauffassung, die sowohl der Personalität des Einzelnen als auch dem Prinzip der freien Gruppenbildung Rechnung trägt. Im förderativen Prinzip sah Frantz das Prinzip einer lebendigen Synthese, einer Zusammenfügung, bei welcher die vereinten Elemente ihre Eigenständigkeit bewahren. Also Vielfalt in der Einheit! Dies ist ja im Grunde auch das Bauprinzip jedes natürlichen Organismus. Die föderative Einheit im Sozialen entspricht genau jenen Bildungen im natürlich-vitalen Bereich, die wir Organismen nennen. Nur mit dem Unterschied, daß im Sozialen das Prinzip der Freiheit waltet. Der Soziale Organismus ist kein naturwüchsiges Gebilde, sondern eine bewußt-freie Schöpfung des Menschen, gestaltet aus der Erkenntnis der natürlich-kosmischen Lebensgesetze und Bauprinzipien.

Das Mittelreich der Geschichte

In seinem Hauptwerk *»Der Förderalismus als das leitende Princip für die sociale, staatliche und internationale Organisation«* (1879) entwirft Frantz in knappen Grundzügen ein föderatives Weltbild, welches der Sonderstellung des Menschen im Kosmos und damit auch der Eigenständigkeit der politisch-geschichtlichen Welt des Menschen gerecht zu werden versucht. In diesem föderativen Weltbild sind alle menschlichen Verhältnisse nach dem Urbild des Bundes gestaltet. Der Mensch steht in einem ewigen Bund zu den Naturreichen einerseits und zu den übersinnlich-geistigen Welten andererseits. Standpunkt des Menschen aber ist das »Mittelreich der Geschichte«, die eigentliche Welt der Politik und des Staates. Dem Bund des Menschen mit der Natur entspringt das Wirtschaftsleben, die Ökonomie. Wirtschaften ist nichts anderes als ein Haushalten mit der Natur. Aus dem Bund des Menschen mit den höheren Geisteswelten geht die Religion hervor, beziehungsweise das Kulturleben, sofern es mit dem Spirituellen zu tun hat. Die drei Reiche – der Natur, der Geschichte und des Geistes – sind eigenständig, wirken aber zusammen und stehen in inniger Wechselbeziehung. Die *Dreigliedrigkeit des Sozialen Organismus*, wie sie von *Rudolf Steiner* in »Die Kernpunkte der Sozialen Frage« (1919) beschrieben und als Grundlage künftigen sozialen Aufbaus gefordert wird, ist im föderativen Weltbild von Frantz schon keimhaft angelegt.

Zukunfts-Perspektiven

P. J. Proudhon hatte in seiner 1863 erschienenen Schrift *»Über das föderative Prinzip«* prophezeit: *»Das 20. Jahrhundert wird die Epoche der Föderationen einleiten. Wenn nicht, wird die Menschheit ein neues tausendjähriges Fegefeuer erleiden«*. Das föderative Prinzip könnte in näherer und weiterer Zukunft größte Bedeutung erlangen, sowohl als organisches Aufbau- und Gliederungsprinzip im Sozialen wie auch als übernational verbindendes und befriedendes Prinzip im Völkerleben. Ein vereintes Europa – eine Zukunftsaufgabe ersten Ranges – wäre wohl nur auf föderativer Grundlage denkbar; ja es könnte sich gar ein gesamt-menschheitlicher Sozialer Organismus bilden auf föderalistischer Basis. Mit der Gründung der UNO und zahlreicher internationaler Organisationen wurde ja schon in diese Richtung gearbeitet. Der vielzitierte »Weltstaat«, der von vielen mit Recht als Horror-Vision gesehen wird, würde vielleicht dann nicht von Übel sein, wenn es sich dabei um ein wirklich organisches Gebildes handeln würde. Der künftige Weltbund (der im 21. Jahrhundert kommen wird?) kann nur ein genossenschaftlicher Föderalismus sein, der die Vielfalt in der Einheit bewahrt; er kann nur organisch von unten her wachsen.

Constantin Frantz hatte ja zu seinen Lebzeiten immer wieder betont, daß der Impuls des genossenschaftlichen Föderalismus direkt zusammenhängt mit dem *politischen Auftrag der Mitte Europas*. Und hieraus ergibt sich auch die bleibende Aktualität seiner Idee. Die Frage, worin denn eigentlich Mitteleuropas Beitrag zum Weltfrieden besteht, muß heute wieder neu gestellt werden.*)

*) *Anmerkung*: Demnächst erscheint im Schäuble-Verlag mein Buch »Die politische Gedankenwelt des Föderalisten Constantin Frantz«. Das Buch kann entweder vom Verlag bezogen werden (Anschrift: Bahnhofstraße 8/Postfach 4022, 7888 Rheinfelden) oder von mir: *Manfred Ehmer*, Holbeinstraße 1, 7800 Freiburg.

Dynamik und Gefährdung der Weltwirtschaft*

Wolfgang Kessler

Betrachtet man die Entwicklungen des Weltfinanzsystems nicht mit den glühenden Augen jener Bewunderer, für die immer alles gut ist, was gut klingt, dann muß man realistisch feststellen: das Weltfinanzsystem ist gehörig aus den Fugen. Das wichtigste äußere Anzeichen dafür war und ist der Börsenkrach, den ich hier nicht einmal dramatisieren möchte – denn so dramatisch war er ja nicht. Eines war er jedoch bestimmt: die Spitze eines Eisbergs, nämlich jenes Problemberges des Weltfinanzsystems, den man vierfach umschreiben kann:

1. Es gibt einen Weltmarkt sogenannter vagabundierender US-Dollars ohne feste Heimat in Höhe von rund 2000 Mrd. US-Dollars – nach Auskunft Schweizer Großbankiers. Ohne feste Heimat, das heißt nichts anderes als daß sie in schnellen Abständen von Anlage zu Anlage wandern, um Zins- und Renditedifferenzen auszunutzen. Ein computerisiertes Bankensystem schafft die Voraussetzung für diese schnelle Wanderung, ohne allerdings der Grund für diese Wanderung zu sein.
2. Die Auslandsschulden der sogenannten Dritten Welt türmen sich inzwischen auf runde 1000 Mrd. US-Dollars. Es ist eine nach wie vor offene Frage, welche Bedrohung für das Weltfinanzsystem von diesem Schuldenberg ausgeht. Keine Frage ist es, daß der Schuldenberg eine Bedrohung darstellt. Überhaupt keine Frage ist es auch, daß der Schuldenberg nicht nur das Weltfinanzsystem, sondern das Leben von Millionen Menschen in den Schuldnerländern bedroht.
3. Das politisch und wirtschaftlich nach wie vor mächtigste Land der Welt – die USA – wurde in den vergangenen Jahren zum höchstverschuldeten Land der Erde. Und dies in zweifacher Hinsicht. Einmal weist das Land mit insgesamt 300 Mrd. US-Dollars die höchsten Auslandsschulden aller Länder der Welt auf. Zum anderen nahm die amerikanische Regierung unter Präsident *Ronald Reagan* seit dessen Amtsantritt mehr Kredite bei nationalen Banken auf als alle amerikanischen Regierungen seit dem Zweiten Weltkrieg zusammen. Auf diese Weise wurden die USA zum Kapitalmagneten der ganzen Welt.
4. Ganz im Gegensatz zur »Dollarschwemme« und zu »Schuldenbergen« weltweit betreiben die meisten Industrieländer eine Sparpolitik, die die Schere zwischen Geldangebot und Weltnachfrage in Zukunft noch weiter öffnen könnte. Dann wird an Stellen, wo wirklich Geld nötig ist, noch mehr Geld fehlen und dafür noch mehr Kapital in rastloser Suche nach hö-

* Vortrag von Dr. Wolfgang Kessler, Konstanz, gehalten in der Evangelischen Akademie, Bad Boll, am 22. April 1988

heren Zinsen und aufwertungsverdächtigen Währungen von Bank zu Bank wandern. Auch das ist eine Bedrohung für das Weltfinanzsystem.

Dieser mehr als widersprüchliche Eisberg an Problemen ist nur zu verstehen, wenn man zurückblickt auf die Entwicklung seit jener Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, in der Regelungen geschaffen wurden, um zu verhindern, was jetzt geschah. Es handelt sich dabei um zwei Versuche:

- 1944 baute man unter der Ägide der Siegermacht USA ein Weltwährungssystem auf, das Zusammenbrüche wie vor dem Faschismus verhindern sollte. Die Wechselkurse wurden an die Leitwährung des US-Dollars gebunden, um wirtschaftliche Stabilität und den Unternehmen eine sichere Kalkulationsgrundlage zu garantieren.
- 1947 versuchte man dann noch, die wirtschaftliche Grundlage für den Traum weltwirtschaftlicher Stabilität zu schaffen. 23 Länder unterzeichneten das allgemeine Zoll- und Handelsabkommen, General Agreement on Tariffes and Trade, kurz GATT, und schufen die gleichnamige Organisation mit einem gemeinsamen Ziel: Freihandel auf der ganzen Welt.

Über dieses Ziel träumt vor allem die Weltmacht Nr. 1 – die USA – von einem allseits stabilen Weltmarkt – vor allem für die eigene Exportindustrie, die jetzt ihre Kriegskapazität auf die Friedenswirtschaft umpolen mußte. Allerdings war der Traum – bei Lichte betrachtet – schon damals Illusion. Denn marktwirtschaftliche Konkurrenzverhältnisse lassen sich nicht weltweit gleichmäßig streuen, also quasi so in eine Reihe bringen, daß es der stärksten Nation nutzt. Daß dies nicht gelang, dafür sorgten zwei Faktoren:

- Mit den US-Dollars aus dem Marshall-Plan mußten die europäischen Staaten nach und nach ihre Konkurrenzfähigkeit wiedererlangen – und damit die wirtschaftliche Vormachtstellung der USA – ob sie dies wollten oder nicht – gefährden. Damit war jedoch das gesamte Weltwährungssystem bedroht, das auf dieser Vormachtstellung beruhte.
- Ein weltweiter Freihandel mußte mit dem Widerspruch zwischen der sogenannten 1. Welt und den nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Entwicklungsländern leben. Das Dilemma war bereits damals angelegt. Hielten sich die Entwicklungsländer an ihre durch den Kolonialismus geprägte Rolle des Rohstofflieferanten, würde sie der freie Welthandel zu dauerhaften Verlierern stempeln. Gelänge ihnen der Aufbruch zu konkurrenzfähigen Welthandelspartnern, dann wären sie auch eine aggressive Konkurrenz zu den Industrieländern.

Genau diese Faktoren wurden nacheinander wirksam. In den 60er Jahren – vor allem nach Gründung der EWG – wuchs die Konkurrenzfähigkeit der Europäer. Die Amerikaner hatten immer mehr das Nachsehen. Ihr Vorsprung verringerte sich, die Dollarspirale drehte sich im Laufe des Vietnamkrieges, Angebot und Nachfrage an und nach Dollars strebten immer stärker

auseinander – 1969 zerbrach das Weltwährungssystem. Der Dollar fiel auf den Wert, der die gesunkene Konkurrenzposition der amerikanischen Wirtschaft widerspiegelte.

Dennoch erschütterte dies die Weltwirtschaft zunächst nur geringfügig. Kurzfristig fielen zwar Schatten auf die Konjunkturen der Industrieländer – 1967 auch auf jene der Bundesrepublik. Aber dies war nichts im Vergleich zu jenen Erschütterungen, die in den 70er Jahren auf die Industrieländer im besonderen und auf die Weltwirtschaft im allgemeinen zukam. Es begann mit drei Entwicklungen:

1. Zunächst mit dem Versuch der Entwicklungsländer, aus ihrer angestammten Rolle als Rohstofflieferanten herauszukommen – und zwar über eine exportorientierte Industrialisierung nach westlichem Muster und über Investitionen westlicher Konzerne. Mit billigen Arbeitskräften, Steuergeschenken und oft einer kompletten Infrastruktur lockten sie die Unternehmer ins Land und hofften auf Arbeitsplätze, Deviseneinnahmen und technisches know-how.

   Über das Ergebnis läßt sich lange streiten. Die Wirkungen waren jedoch weltweit zu spüren: Einmal in den Industrieländern, die es nun mit den Billigexporten aus der sogenannten Dritten Welt zu tun bekamen. Und natürlich in den Entwicklungsländern, vor allem in den Schwellenländern, die nun alle Merkmale industrialisierter Länder aufwiesen: Landflucht, Slums, Nahrungsmittelknappheit, hohe Einkommensunterschiede und nicht zuletzt hohe Auslandsdefizite, da sie teure Investitionsgüter importierten und mit billigen Rohstoffen bezahlen mußten.

2. Bereits 1973 erschütterte die erste Ölkrise die Welt. Als Reaktion auf den arabisch-israelischen Krieg vervierfachte die OPEC die Ölpreise; absichtliche Ölverknappung durch die Mineralölkonzerne verschärften die Wirkung. Weltwirtschaftlich war sie einschneidend. Aus den Industrieländern floß massenhaft Kapital in die Ölexportländer, aus den Entwicklungsländern ohne eigenes Erdöl ebenfalls. Die Folgen: In den Industrieländern lahmte die Wirtschaft, die Inflationsraten stiegen. Die Auslandsdefizite der Entwicklungsländer ohne Erdöl stiegen, die Industrialisierungspläne vieler Schwellenländer erhielten einen Rückschlag.

3. Gleichzeitig und unabhängig von der Ölkrise flachte der Nachkriegsboom in Europa ab. Sättigungserscheinungen deuten sich auf vielen Konsummärkten an. Innovationen, Neuerungen mit Massencharakter – vorher in den 50er und 60er Jahren die Regel – beschränkten sich auf wenige Produkte wie Taschenrechner und Videorecorder; mit Kühlschränken, Waschmaschinen, Radio und Fernsehen hatte man sich bereits eingedeckt.

Diese Faktoren und Entwicklungen prallten in den 70er Jahren in einem sehr engen Zeitraum aufeinander. Entsprechend tiefgreifend waren die Wirkungen – und zwar weltweit:

1. In den Industrieländern fielen Branchenkrisen, bedingt durch den technologischen Umbruch und die zum Teil auch noch selbst verantwortete Konkurrenz aus den Entwicklungsländern mit Sättigungstendenzen auf bestimmten Konsumgütermärkten zusammen. Als Folge reagierten viele Unternehmer mit Rationalisierungen und weiteren Verlagerungen. Als weitere Folge stieg die Arbeitslosigkeit, aber auch die Gewinne vieler großer Unternehmen. Branchenkrisen in bestimmten Regionen spitzten sich zu; in anderen Regionen massierten sich die neuen, die sogenannten Zukunftsbranchen.
2. Aus zwei Quellen strömten Hunderte von Milliarden Dollars auf Dollarkonten internationaler Banken: zunächst die Petro-Dollars aus den Taschen der Erdölproduzenten, dann die Gewinne aus den Überschüssen der multinationalen Konzerne, die diese nicht wieder produktiv investierten. Die internationalen Banken konnten sich über diesen Milliardenzustrom allerdings nur so lange freuen, wie sie die Gelder verteilen konnten. Dafür gab es nur eine Möglichkeit: die Entwicklungsländer.
3. Auf diese Krisenentwicklungen reagierten die Regierungen der Industrieländer im Prinzip alle mit der gleichen Strategie: Bis Mitte der 70er Jahre hatte man die wachsende Arbeitslosigkeit noch mit staatlichen Ausgabenprogrammen zu verringern versucht. Dies mißlang – zumindest gelang die durchgreifende Bewältigung der Krise nicht. Im Gegenteil. Die Arbeitslosenquoten wuchsen zusammen mit den staatlichen Haushaltsdefiziten.

Daraufhin reagierten die Industrieländer in gebotenem zeitlichen Abstand mit einer wirtschaftspolitischen Wende: Gefragt waren nun Ausgabenkürzungen, Steuersenkungen, sowie der Abbau staatlicher Regelungen, im Fachjargon »Deregulierung« genannt. Sparprogramme und die Belebung des privaten Wirtschaftssektors waren also angesagt. Eine besondere Variante betrieb dabei das mächtigste Land der Welt, die USA, ab 1980. Dort verband man Steuersenkungen und Kürzungen der Sozialprogramme mit einer enormen Aufrüstung und einer zunächst beabsichtigten, später zwangsläufig aus dem Kreditbedarf der amerikanischen Regierung folgenden Hochzinspolitik.

Diese besonders originelle, weil bisher in der Geschichte einmalige Situation aus zwei unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Konzepten – der mehr nachfrage- und der mehr angebotsorientierten Wirtschaftspolitik – wirkte sich weltweit gleich doppelt aus:

– Die hohen Zinsen machten die USA zu einem wahren Kapitalmagneten für

die ganze Welt. Aus anderen Industrieländern und aus der Dritten Welt flossen Milliardenbeträge in die USA – also Kredite.
- Diese Kredite hatten die USA auch bitter nötig, um ihre Aufrüstung zu finanzieren. Außerdem stieg aufgrund des Kapitalzuflusses der US-Dollar rasch, die Exporte der USA nahmen ab, die Importe zu. Das Ergebnis war ein immer weiter wachsendes Defizit im Außenhandel, das mit den Auslandskrediten ausgeglichen wurde.

Damit waren die Grundlagen geschaffen für jene Probleme, unter denen die Welt und das Weltfinanzsystem am meisten leiden – und die ich am Anfang meines Referates ansprach:
- Der Überschuß an flüssigen Mitteln auf den Konten internationaler Banken, also ihre Überliquidität – mit der Folge großer Mengen sogenannter vagabundierender US-Dollars.
- Die jährlich wachsende Auslandsverschuldung der Dritten Welt, die sich gegenwärtig auf über 1000 Mrd. US-Dollars beläuft.
- Die riesige und doppelte Verschuldung der USA – ihre Auslandsschulden von 300 Mrd. US-Dollars einerseits und ihr riesiges Haushaltsdefizit andererseits.
- Eine Wirtschaftspolitik der Industrieländer, die versucht, mit knappen staatlichen Mitteln zu wirtschaften und mit Steuersenkungen die privatwirtschaftlichen Wachstumsraten zu erhöhen – eine Politik, die bisher mäßige Erfolge feierte.

Nun könnte mir das alles ja egal sein, und es wäre mir auch egal, wenn es sich nur um Gefahren für ein abstraktes Weltfinanzsystem handelte; wenn Nullen auf den Konten der Großbanken einfach Luftblasen wären, quasi Illusionen, deren Zerstörung nichts weiter bedeuten würde, als daß es die Banken desillusionierte.

Auch die Wirtschaftspolitik der Industrieländer könnte uns eigentlich nur recht sein, denn schließlich ist das durchschnittliche Wohlstandsniveau auch in den vergangen Jahren gestiegen.

Daß mir all das Gesagte jedoch ganz und gar nicht egal ist, das liegt daran, daß diese weltweite Entwicklung eine große Zahl sozialer und ökologischer Opfer fordert:
- In den meisten Ländern der sogenannten Ersten Welt – also bei uns – hat sich eine EIN-Drittel- ZWEI-Drittel-Gesellschaft etabliert. Zwei Drittel der Gesellschaft profitieren von der laufenden Entwicklung in eine technologische Zukunft, haben eher zu viel Geld und Arbeit als zu wenig; ein Drittel wird mehr oder weniger bewußt aus der Gesellschaft ausgegrenzt. Dieser Ausgrenzungsprozeß schreitet um so stärker fort, je mehr sich die Wirtschaftspolitik von Regierungen an reinen Marktprinzipien orientiert.

– Weltweit weitet sich die Schere zwischen jenem Drittel der Weltbevölkerung – eine größere Gruppe in den Industrieländern, eine kleinere Gruppe in den Entwicklungsländern – die von der Entwicklung noch immer profitieren – und jene zwei Drittel, die aus dieser Entwicklung herausfallen. Diese Schere weitet sich auf allen Ebenen aus, die Schlagwörter sind bekannt:
Vernichtung von Nahrungsmitteln hier – Nahrungsmittelmangel dort; Kapitalüberfluß hier – Kapitalmangel dort. Nur in einem Punkt entspricht sich – leider – das Ergebnis: der ökologischen Zerstörung durch Überindustrialisierung hier entspricht die ökologische Zerstörung aus Armut dort. Die Auswirkungen auf das Weltklima und die Ozonschicht vereinen die ökologische Zerstörung hier und dort zu einem Weltproblem.

Über diese Frage zu reden – und nun komme ich zum Schluß meiner Rede – ist wichtig. Noch wichtiger ist jedoch, diese Probleme anzugehen. Dies setzt allerdings die Bereitschaft voraus, mit liebgewordenen Tabus zu brechen:

1. Sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Industrieländern bereit, auch bei ökologisch verträglichen geringen Zuwachsraten Gewinne, Einkommen und Arbeit sozialverträglich zu verteilen?
2. Sind Regierungen bereit, die Beseitigung und Verhinderung von Umweltzerstörung sowie eine möglichst sozial gerechte Verteilung des Sozialprodukts in den Mittelpunkt ihrer Wirtschaftspolitik zu setzen und dabei die Marktprinzipien doch in Frage zu stellen, wo dies unumgänglich ist?
3. Sind die Regierungen und nicht zuletzt auch alle gesellschaftlichen Gruppen in den Industrieländern bereit, den Strukturwandel zu akzeptieren, der sich durch höhere Rohstoffpreise und geringe Einfuhrschranken gegenüber Produkten aus den Entwicklungsländern ergibt?
4. Sind die Banken bereit, über den Schatten ihrer Eigeninteressen zu springen und der Dritten Welt einen beträchtlichen Teil ihrer Auslandsschulden zu erlassen und sich internationalen Kontrollen zu fügen, die bis zur Errichtung internationaler Zentralbanken reichen können?
5. Sind die Unternehmer bereit, verstärkt risikoreiche Investitionen in Problembereichen zu tätigen, die sich betriebswirtschaftlich allenfalls langfristig rentieren – statt ihr Geld auf Banken zu horten und auf diese Weise von Unternehmern zu Unterlassern zu degenerieren?

Ist diese Bereitschaft in weiten Teilen der Bevölkerung vorhanden, dann schmilzt der Eisberg – noch lange bevor wir uns ihm mit unserer Titanic nähern. Ist diese Bereitschaft nicht vorhanden, droht uns das Schicksal der Titanic – und dies auch dann, wenn unsere Titanic noch nicht ganz so schnell fährt, wie Untergangspropheten dies glauben oder vielleicht sogar wollen.

Ansätze zum Abbau der Scherenöffnung zwischen zunehmender Marktsättigung und Geldvermögensbildung*

Helmut Creutz

Von 1980 bis 1985 sind bei uns die Geldvermögen um 1022 Mia Mark gestiegen, die Nettolöhne und -gehälter um 51 Milliarden.
Auf jede Mark Sozialprodukt kamen an Schulden:
1950: 67 Pfennig, 1970: 125 Pfennig, 1985: 183 Pfennig

Vorbemerkungen

Bevor hier versucht wird, Ansätze zur Reduzierung der Scherenöffnung zwischen Marktsättigung und Geldvermögensbildung aufzuzeigen, sollen zuerst die Fehlentwicklungen dargestellt werden, die zu dieser Scherenöffnung führen.

Geht man unvoreingenommen den Problementwicklungen innerhalb unserer Wirtschaft nach, stößt man auf mehrere gravierende Phänomene:

- Unsere Wirtschaft funktioniert wie ein Motor, dessen Drehzahl zur Vermeidung von Störungen ständig erhöht werden muß.
- In unserer Wirtschaft gibt es einen Schlüsselpreis, der sich ab einer bestimmten Grenze der Beeinflussung von Angebot und Nachfrage entzieht.
- Unser Marktgeschehen ist von einer wichtigen öffentlichen Einrichtung abhängig, die jeder nach Belieben blockieren darf.
- Unsere Wirtschaft entspricht einem Organismus, in dem sich aufeinander angewiesene Teile unterschiedlich entwickeln.
- In unserer Wirtschaft führen natürliche Sättigungsprozesse zur Problemzunahme, statt zu ihrer Verringerung.
- Normalerweise müßte das Geld der Wirtschaft und diese den Menschen dienen, bei uns ist die Reihenfolge umgekehrt.

Allen diesen Phänomenen ist gemeinsam, daß sie sich nur bei langfristiger Beobachtung deutlich abzeichnen. Bei kurz- und mittelfristigen Vergleichen werden sie häufig von gegenläufigen Entwicklungen verdeckt oder überlagert.

Geht man den Zusammenhängen und Hintergründen der Phänomene intensiver nach, dann zeigt sich, daß ihre Ursachen und Auslöser allesamt dem gleichen Bereich entstammen, nämlich dem Bereich unserer Geldordnung im allgemeinen und des Geldumlaufs im besonderen.

* Referatsbeitrag zum »Sättigungs«-Seminar an der Georg-von Vollmar-Akademie Kochel am See, 7.–11. März 1988
Veranstalter: Dr. Otfried Hatzold, ifo-Institut München, Prof. Dr. Karl Georg Zinn, RWTH Aachen

Doch bevor wir diese Spur genauer verfolgen, einige theoretische Vorbemerkungen zu verschiedenen Möglichkeiten von Entwicklungs- und Wachstumsabläufen.

Welche Wachstumsabläufe gibt es?

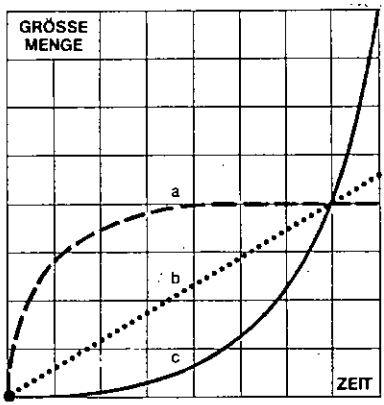
Wie die *Darstellung 1* zeigt, kann man schematisch zwischen abnehmenden, gleichbleibenden und zunehmenden Wachstumsprozessen unterscheiden:

Darstellung 1 :
Unterschiedliche Wachstumsabläufe

a) natürlicher Wachstumsablauf
(abnehmend, zur Stabilisierung tendierend)

b) linearer Wachstumsablauf
(gleichbleibende Zuwachsraten in gleichen Zeitabständen)

c) exponentieller Wachstumsablauf
(zunehmend, mit Verdoppelungsraten in gleichen Zeitabständen)



Darstellung 1

Den nachlassenden Ablauf a) kann man als natürlichen bezeichnen. »Kein Baum wächst in den Himmel« wie schon das Sprichwort sagt, und auch das Wachstum eines Menschen, so explosiv es auch im Mutterleib und in den ersten Lebensjahren beginnt, kommt mit 18 oder 20 Jahren zum Stillstand.

So wie es für jeden Motor eine optimale Drehzahl gibt, so gibt es also für alle natürlichen, gesunden Wachstumsprozesse eine optimale Obergrenze. Darüber hinaus sind alle weiteren Wachstumsschritte – so positiv sie auch bis dahin waren – mit zunehmenden negativen Effekten verknüpft: Der Motor läuft sich heiß und fliegt schließlich auseinander, der Organismus geht an seinem Überwachstum zugrunde.

Die lineare Wachstumsalternative b) und noch mehr die exponentielle c) sind darum letztlich irreal, auch dann, wenn die Erde um ein Mehrfaches größer wäre. Exponentielles Wachstum kennen wir darum in der Natur im allgemeinen nur in krankhaften Wachstumsprozessen, z. B. jenen von Tumoren.

Unsere Wirtschaft wird – wie wir noch genauer sehen werden – sowohl von natürlichen Wachstums- und Sättigungsabläufen bestimmt, wie auch von

exponentiellen. Daß solche widersprüchlichen Entwicklungen in jedem Organismus zu Problemen führen müssen, liegt auf der Hand. Das gilt selbstverständlich auch für die Stabilität unseres Wirtschaftsorganismus.

Wie hat sich die Wirtschaftsleistung in der Bundesrepublik entwickelt?

In der *Darstellung 2* ist das Wachstum der bundesdeutschen Volkswirtschaft von 1950 bis 1985 in realen inflationsbereinigten Größen wiedergegeben. Legt man an die im Fünfjahresabstand eingetragenen Markierungspunkte eine Gerade an, dann zeigt sich, daß diese reale Entwicklung der Leistung einem linearen Wachstum nahe kommt. Das heißt, die jährlichen Mengenzuwächse waren relativ konstant und zeigen erst in den letzten Jahren eine leichte Abschwächung.

Geht man von natürlichen Wachstums- und Sättigungsprozessen aus, dann hätte sich die volkswirtschaftliche Leistung eigentlich so entwickeln müssen, wie in dem zusätzlich eingetragenen Schub 1 dargestellt: Nach dem starken Aufschwung in den 50er Jahren, bedingt durch Kriegszerstörungen und angestauten Nachholbedarf, hätte es in den 60er Jahren, aufgrund der einsetzenden Sättigungen, zu einem organischen Rückgang der Zuwachsraten und schließlich zu einer Stabilisierung auf optimaler Höhe kommen müssen.

Da eine solche Stabilisierung häufig mit Stagnation gleichgesetzt wird, sei darauf hingewiesen, daß auch in einer leistungsstabilisierten Wirtschaft weitere Wohlstandssteigerungen (auch materieller Art) möglich sind.

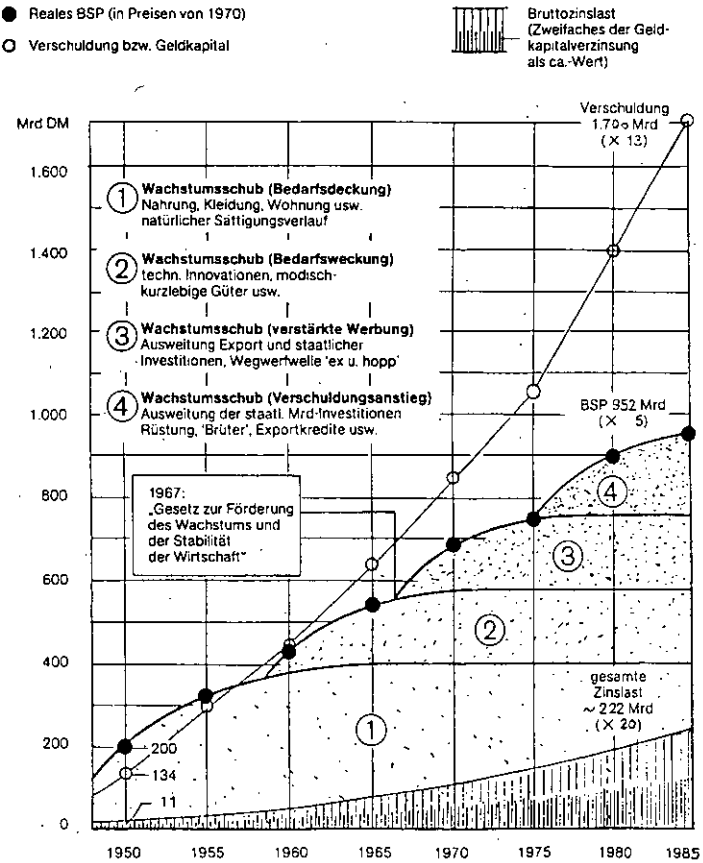
Einmal können die freiwerdenden Leistungsressourcen aus den gesättigten Bereichen, in denen nur noch Bestandserhaltung erforderlich ist, für neue Produkte und/oder Dienstleistungen eingesetzt werden. Zum anderen gestattet der weitergehende technische Fortschritt eine ständige Wohlstandssteigerung bei gleichbleibenden Ausgangsgrößen, sofern man diesen Fortschritt nicht in kürzere Arbeitszeiten umsetzt.

Ein solches organisches Ausklingen des Wirtschaftswachstums wurde jedoch in der Bundesrepublik durch immer neue aufgesetzte Wachstumsschübe verhindert:

Der Bedarf*deckungs*welle folgte die Bedarfs*weckungs*welle, die bereits einer ersten Pervertierung der Wirtschaft nahekam, da sie den Menschen vom bestimmenden Subjekt zu einem bestimmten Objekt veränderte.

Mit immer raffinierteren Methoden wurde der Mensch – in Jahrmillionen zum Sammler und Bewahrer der irdischen Ressourcen herangebildet – zum Wegwerfer und Zerstörer seiner Lebensbasis umerzogen, vom *Ge*braucher zum *Ver*braucher. Hier sei nur an die zunehmende Zahl der Ex-und-hopp- und Wegwerfprodukte erinnert, die mit der oft unterschwelligen Tendenz

Schematische Darstellung der Wachstumsschübe in der Bundesrepublik Deutschland 1950–1982, angelehnt an das reale Wirtschaftswachstum, mit Verschuldung und Zinslast



Zahlentabelle
In Preisen von 1970

BSP (Mrd DM) :	200	313	430	545	679	752	897	952
Verschuldung :	134	300	430	638	848	1.053	1.399	1.706
Zinslast : Geldkapital	5,5		19		48		87	111

HELMUT CREUTZ

Darstellung 2

kreiert wurden, daß es den Menschen umso besser ginge, je mehr sie produzieren und verbrauchen würden.

Doch auch diese zusätzlich initiierten Wachstumsschübe bremsten sich im Zuge der Sättigungsprozesse schließlich ab und der konsummüde »Normalverbraucher« (welch schreckliches Wort!) wurde als Wachstumsmotor ungeeigneter.

Bereits 1967 hat man darum den Staat durch das »Gesetz zur Förderung des Wachstums und der Stabilität der Wirtschaft« in die Pflicht genommen. Fortan sollte also der Staat für jenes Wachstum Sorge tragen, zu dem die Bürger nicht mehr genug beitragen wollten oder konnten.

Daß dieses Gesetz bereits von seiner Formulierung her einen unauflösbaren Widerspruch enthielt, ist damals offensichtlich kaum einem der Verantwortlichen aufgefallen. Dabei weiß im Grunde jedes Kind, das mit Klötzen einmal einen Turm gebaut hat, daß mit dessen Wachstum gleichzeitig die Stabilität zurückgeht und beides damit letztlich unvereinbar ist.

Geldwertstabilität, gesunde Umwelt, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht sind anzustrebende und erreichbare Ziele. In Verbindung mit einem ständigen Wirtschaftswachstum aber müssen sie unmöglich werden.

Woher kam der Zwang zum ständigen Weiterwachsen unserer Wirtschaftsleistung?

Erinnern wir uns an das eingangs erwähnte zweite Phänomen, nach dem sich in unserer Wirtschaft aufeinander angewiesene Teile unterschiedlich entwikkeln. Ein Organismus aber, in dem sich die Teile in ihrer Entfaltung nicht an der Entwicklung des Ganzen orientieren, ist ebenso zur Selbstzerstörung verdammt wie ein ständig wachsender. Dies wird deutlich, wenn wir uns einen Baum vorstellen, dessen Krone schneller wächst als Stamm und Wurzelwerk, oder einen Jugendlichen, dessen Kopf oder Leber rascher wachsen als der Körper.

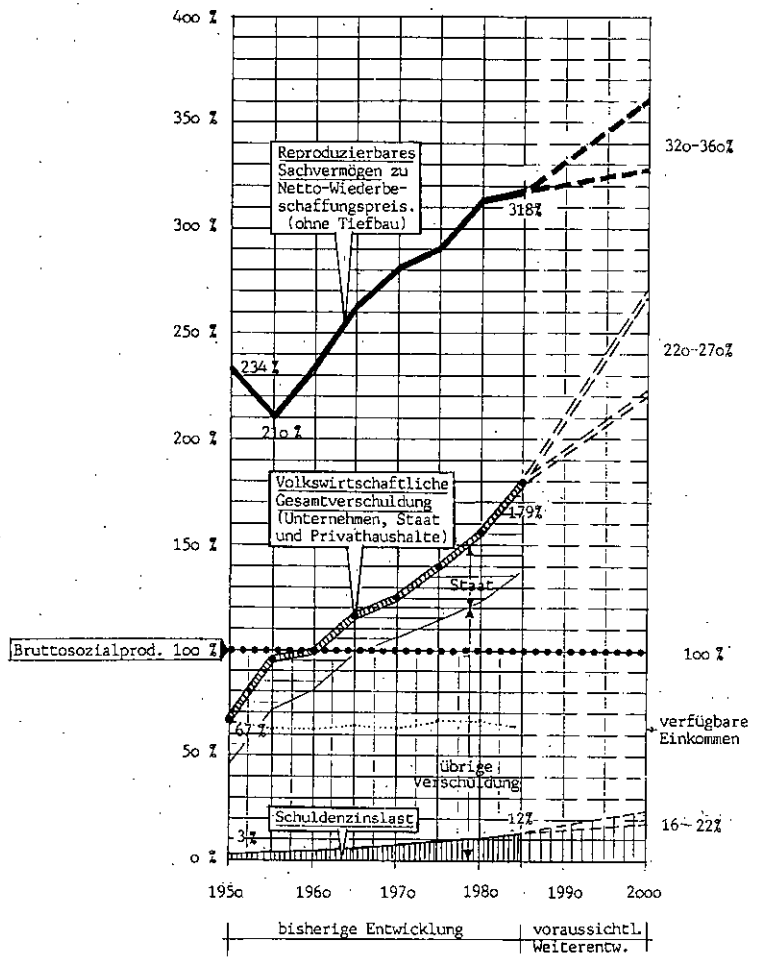
Nicht anders ist das in einer sich entwickelnden Wirtschaft, wenn beispielsweise die monetären Größen Geldvermögen und Verschuldung 2½ bis 3mal rascher zunehmen als die leistungsbezogenen Größen und das daraus resultierende Arbeitseinkommen.

Besonders gut erkennbar wird die Scherenöffnung zwischen den leistungs- und geldbezogenen Größenentwicklungen, wenn man – wie in *Darstellung 3* – das jeweilige Sozialprodukt mit 100 Prozent gleichsetzt und die Geldvermögen bzw. die gleichgroßen Verschuldungen in Relation dazu aufträgt.

Nun mag man einwenden, daß es sich bei diesen beiden verglichenen Größen einmal um eine Bestands- und einmal um eine Flußgröße handelt.

ENTWICKLUNG DER VERSCHULDUNG UND DER REPRODUZIERBAREN SACHVERMÖGEN IN PROZENTEN DES BSP FÜR DEN ZEITRAUM VON 1950 BIS 1985, SOWIE DIE VORAUSSICHTLICHE WEITERENTWICKL. BIS 2000

(Werte für die Bundesrepublik)



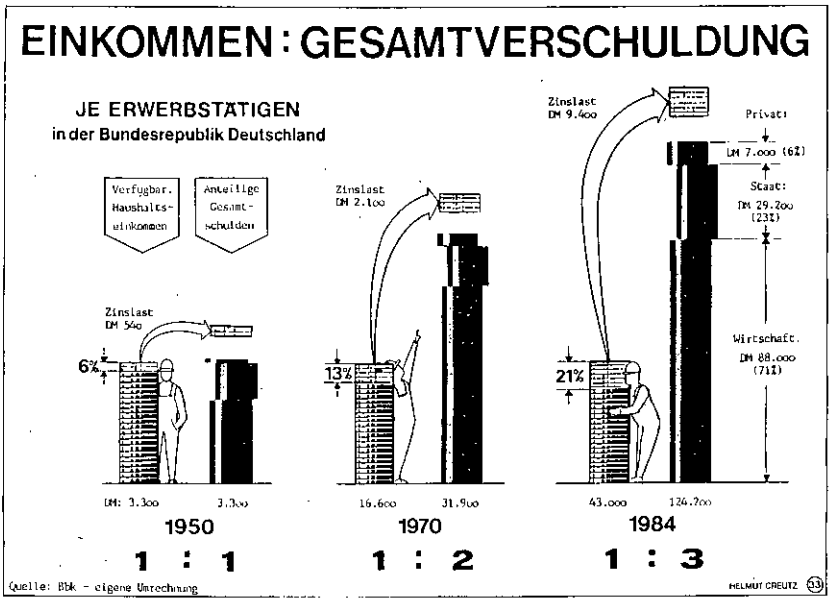
Ausgangszahlen der Umrechnungen: Stat. Bundesamt / Bundesbank

HELMUT CREUTZ

Darstellung 3

Wenn man jedoch bedenkt, daß mit den monetären Überentwicklungen auch die Zinsgrößen zunehmen und diese Zinsgrößen aus dem (geringer zunehmenden) Leistungseinkommen bedient werden müssen, wird die fatale Beziehung zwischen der Entwicklung der Leistung und der Überentwicklung der Geldvermögen bzw. Schulden erkennbar.

Diese Beziehung wird noch deutlicher, wenn man einmal das verfügbare Durchschnittseinkommen eines Erwerbstätigen mit der Schuldenmasse vergleicht, die ihm gegenübersteht, wie dies in der *Darstellung 4* geschieht.

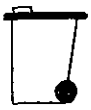


Darstellung 4

Wie erkennbar, waren beide Säulen 1950 noch gleichgroß, während die Schuldensäule 1984 die der Einkommen bereits um das Dreifache übersteigt. Entsprechend ist damit auch die Zinslastgröße angestiegen, die von jedem Erwerbstätigen zu zahlen ist, überwiegend indirekt über Preise, Steuern und Gebühren.

Allein diese Schuldenzinslast beanspruchte 1984 etwa 21 Prozent des verfügbaren Einkommens. Nimmt man die Verzinzung des schuldenfreien Sachkapitals noch hinzu (die sich von der Geldverzinsung ableitet), muß man damit rechnen, daß heute bereits mindestens jede dritte ausgegebene Mark als leistungsloses Einkommen in die Taschen derjenigen fließt, die meist mehr besitzen als die Zinszahler.

ZINS IM PREIS



Müllabfuhrgebühren

a)	Abschreibung, Sach- und Personalkosten, Sonstiges	88%
b)	Kapitalverzinsung	12%

Gebühr
110-l-Tonne: 194,– DM = 100%

Beispiel Stadt Aachen 1983

12%

Trinkwasser

a)	Energiekokosten	7%
b)	Unterhalt der Anlagen	6%
c)	Wasseraufbereitung	1%
d)	Personal- und Sachkosten	18%
e)	Abschreibung	30%
f)	Kapitalverzinsung	38%

Preis je cbm: 1,36 DM = 100%

Beispiel eines norddeutschen Versorgungswerkes 1981

38%

Kanalbenutzung

a)	Sachkosten	19%
b)	Personalkosten	7%
c)	Abschreibung	27%
d)	Kapitalverzinsung	47%

Gebühr je cbm: 1,87 DM = 100%

Beispiel Stadt Aachen 1983

47%

Kostenmiete

a)	Wagnis und Gewinn	1%
b)	Betriebs- und Verw.-Kosten	6%
c)	Instandhaltung	5%
d)	Abschreibung	11%
e)	Kapitalverzinsung	77%

Miete je qm: DM 13,40 = 100%

Berechnung des statistischen Bundesamtes für 1979

77%

HELMUT CREUTZ (41)

Darstellung 5

In welchem Umfang z. B. öffentliche Preise von Zinsanteilen beherrscht werden, zeigt die *Darstellung 5*.

Dabei weisen diese Preise nur die hinzugekommenen Zinsanteile auf der letzten Kalkulationsstufe aus. Der wirkliche Zinsanteil im Preis ist jedoch höher, da auch in den Vorpreisen, die hier als Sachkosten eingegangen sind (wie z. B. die Kanalbenutzungskosten in der Miete), bereits Zinsen enthalten sind.

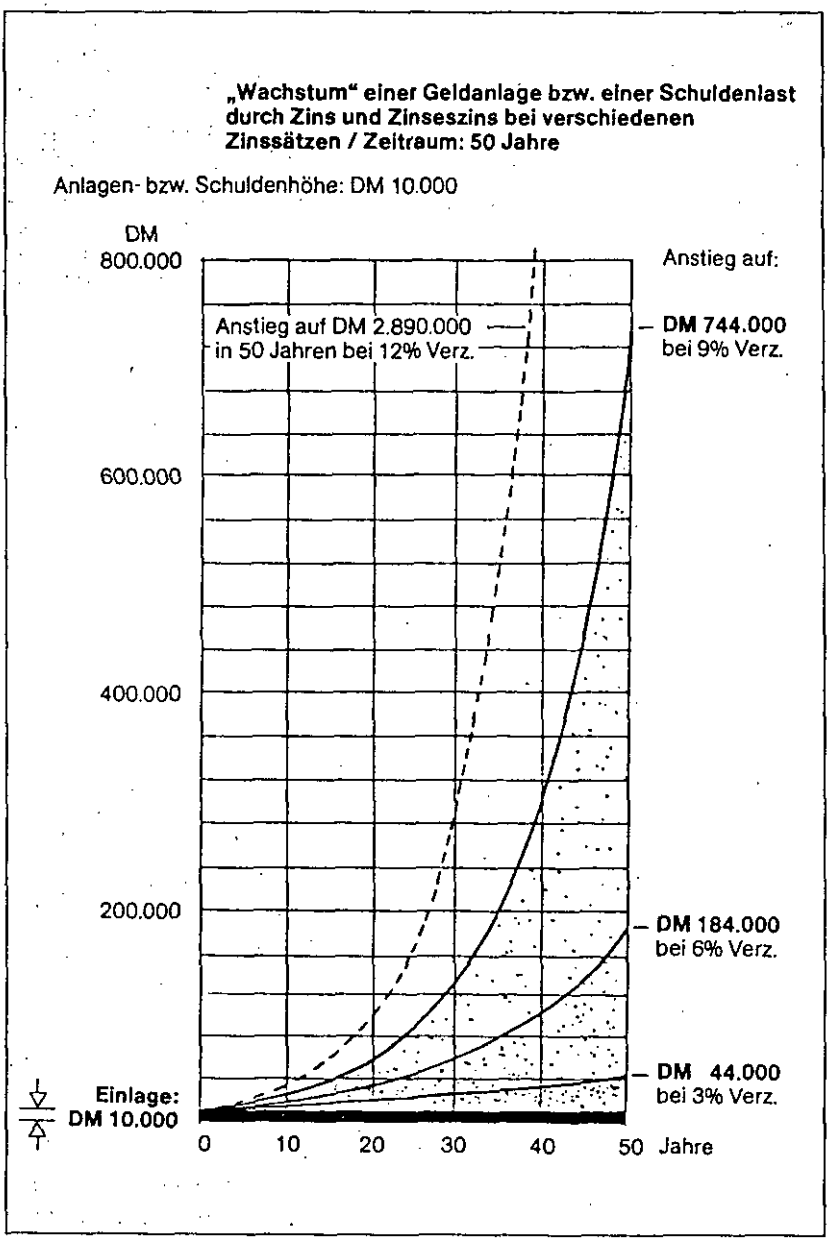
Woher kommt aber nun die überproportionale Zunahme der monetären Größen?

Geldvermögen bilden sich im allgemeinen durch Ersparnisse aus Arbeitseinkommen. Man spricht deshalb, wenn man die Höhe dieser Ersparnisse erfaßt, von der Sparquote. Ersparnisse die man zur Bank gibt (wie im allgemeinen der Fall) werden bekanntlich verzinst. Läßt man auch die Zinsen stehen, werden diese Ersparnisse – auch ohne eigenes Weitersparen – immer größer. Diese Wachstumsentwicklung durch den Zinseszinseffekt hat eine Entwicklung zur Folge, die genau derjenigen entspricht, die wir anfangs als völlig irreal auf einer begrenzten Erde angesprochen haben: Verzinste Geldanlagen vermehren sich auf exponentielle Weise in mathematisch-einwandfreier Reinkultur, d. h., sie verdoppeln sich bei gleichbleibendem Zinssatz in gleichbleibenden Zeiträumen. Dabei vergrößert sich der Verdopplungseffekt mit jedem Prozentpunkt Zinsen gewissermaßen »im Quadrat«, was die Gefährlichkeit höherer Zinsen deutlich werden läßt. Ein Anstieg der Zinssätze von zwei auf drei Prozent ist also vergleichsweise harmlos gegenüber einem Anstieg von acht auf neun Prozent, wobei dies umso mehr zu Buche schlägt, jelänger man eine Geldanlage gegen Zinsen stehen läßt.

In der *Darstellung 6* ist die Entwicklung einer Geldeinlage von 10 000 Mark über 50 Jahre wiedergegeben und zwar mit drei, sechs und neun Prozent verzinst. Bei drei Prozent Verzinsung steigt der angelegte Betrag in 50 Jahren auf rund das 4 ½fache an, bei sechs Prozent Verzinsung auf das 18 ½fache und bei neun Prozent auf gut das 74fache. Bei einer Verzinsung von zwölf Prozent reicht die Grafik nicht mehr aus: Der Betrag steigt in 50 Jahren auf knapp 2,9 Millionen an und damit auf das rund 290fache der eingelegten10 000 Mark.

Die Grafik läßt auch deutlich erkennen, daß die Entwicklung der Einlagen – auch bei höheren Zinssätzen – in den ersten Jahrzehnten noch halbwegs erträglich scheint, nach 20 bis 30 Jahren jedoch in immer irrealere Höhe schießt.

Dieser Vergleich zeigt, daß in einer älter werdenden Wirtschaftsepoche die Zinsproblematik immer größer werden muß, vor allem wenn die zu verzinsenden Geldbestände dem Sozialprodukt davonwachsen. Das gesamte Geldvermögen nimmt dann immer weniger durch Ersparnisse aus eigener Arbeit zu.



Darstellung 6

Es wächst vielmehr zunehmend »von alleine«, nämlich durch den beschriebenen Zins- und Zinseszinseffekt. Da aber auch in einer Zinswirtschaft nichts vom Himmel fällt und 2 × 2 stets 4 ist, entstammen diese »Von-alleine-Zuwächse« der Arbeit anderer, die im gleichen Maße konkret ärmer werden als die Geldanleger reicher.

Über den Zins- und Zinseszinseffekt findet also eine ständige Einkommensumschichtung von der Arbeit zum Besitz statt, die sich immer mehr beschleunigt. Einmal durch das Überwachstum der Geldvermögensbestände und ihre zunehmende Konzentration, weiter durch den langfristigen Trend zu höheren Zinssätzen und außerdem durch das rückläufige Wirtschaftswachstum und die damit zusammenhängenden nachlassenden Steigerungen der Arbeitseinkommen. Damit muß sich die Schere zwischen Leistung und Geldgrößen noch mehr öffnen.

Woraus ergibt sich die Einkommensumschichtung?

Die schuldenbedingte Einkommensumschichtung findet statt zwischen Zinszahlern und Zinsempfängern.

Zinszahler ist jeder, auch derjenige, der selber weder Konsum- noch Hypothekenschulden hat, denn rund 85 Prozent der Schuldenzinsen werden indirekt und anonym mit jeder ausgegebenen Mark bedient.

Zinsempfänger sind alle diejenigen, die über zinsbringende Vermögen verfügen, also über Geld- und Sachkapital, einschließlich Boden.

In der Mehrzahl der Fälle dürften die Haushalte also nicht nur Zinszahler, sondern auch Zinsempfänger sein, und sei es nur in Höhe der Verzinsung ihres Sparbuches. Problematisch ist, daß Zinslasten und Zinseinkünfte unterschiedlich verteilt sind und diese Unterschiede ständig größer werden.

Geht man davon aus, daß das Gros der Zinslasten über Preise, Steuern und Gebühren von den Bürgern getragen wird, dann kann man als *Schlüssel für die Zinsbelastung* das verfügbare Haushaltseinkommen heranziehen, abzüglich der Sparquote. Geht man weiter davon aus, daß heute etwa jede dritte ausgegebene Mark eine Zinsmark ist, läßt sich die individuelle Zinslast jedes Haushaltes mit einem Drittel der jährlichen Ausgaben und Steuern bestimmen, zuzüglich ggfs. der Zinsen für private Verschuldung.

Schlüsselgröße für die Zinserträge jedes Haushaltes sind die jeweilig vorhandenen zinsträchtigen Vermögenswerte. Entscheidend für die Frage, in welchem Umfang jeder Haushalt von den Zinstransfers profitiert, ist also die Relation zwischen den Haushaltsausgaben und dem Kapitalbesitz. Während es für die erste Größe der Haushaltseinkommen und -ausgaben fortgeschriebene Statistiken gibt, auch für die Unterverteilung auf die Haushaltsgruppen, existieren für die Kapitalverteilung keine offiziellen fortgeschriebenen

Statistiken. Sich der Wirklichkeit annähernde Verteilungsangaben kann man lediglich aus Stichprobenerhebungen entnehmen, so z. B. der Verteilung der wichtigsten Netto-Geldvermögen, nach den in fünfjährigem Abstand erfolgenden Einkommens- und Verbrauchserhebungen durch das Statistische Bundesamt, die bei etwa 40 000 Haushalten auf freiwilliger Basis durchgeführt werden.

Zieht man die Auswertung der letzten Erfassung von 1983 heran und setzt sie in eine Grafik um, dann ergibt sich die in *Darstellung 7* wiedergegebene Verteilung der Netto-Geldvermögen.

Acht Prozent der Privathaushalte haben demnach ein »negatives Geldvermögen«, das heißt, sie sind mehr oder minder hoch verschuldet, bei fünf Prozent ist die Bilanz ausgeglichen bzw. sie haben weder Schulden noch Vermögen, 87 Prozent besitzen ein positives Geldvermögen.

Wie aus der Darstellung erkennbar, steigen auch diese Geldvermögen anfangs nur sehr schwach an, um am Ende immer steiler in die Höhe zu schießen.

Faßt man die gesamten Geldvermögen der linken Hälfte der Haushalte zusammen, dann verfügen diese über weniger als 4 (vier!) Prozent des gesamten Netto-Geldvermögens und damit die andere Hälfte über mehr als 96 Prozent! Aber auch dort konzentriert sich das Gros der gesamten Geldvermögen bei den letzten 10 Prozent. Dabei sind in dieser Erhebung die vermögendsten Haushalte, mit einem Monatseinkommen über 25 000 Mark, noch nicht einmal erfaßt. Würde man die Säule dieser Haushaltsgruppe zusätzlich eintragen, dann hätte diese Säule etwa die Breite der letzten aufgenommenen Gruppe in der Grafik, allerdings wäre sie etwa zehnmal höher. Zieht man Milliardärshaushalte zum Vergleich heran, dann übersteigen deren Vermögen die in der Grafik rechts erfaßte Säule um das 3 000- bis 10 000fache, zumindest wenn man zu den Geldvermögen noch die zinsbringenden Sachvermögen hinzunimmt.

In welcher Größenordnung bewegt sich die zinsbedingte Einkommensumschichtung?

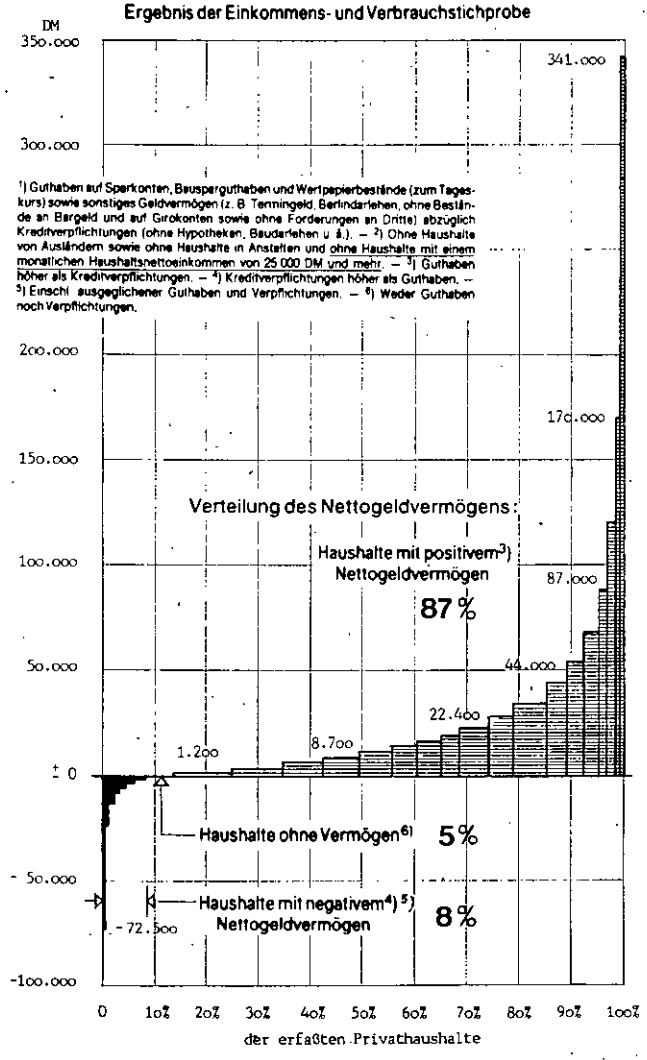
Um den Umfang der gesamten durch den Zins bewirkten Umschichtungen der Einkommen annähernd zu erfassen, benötigt man die Verteilung der gesamten zinsbringenden Vermögenswerte auf die Haushalte. Dafür aber gibt es so gut wie keine Anhaltspunkte in der offiziellen Statistik, schon garnicht solche, die zwischen eigengenutztem und zinsbringendem Vermögen unterscheiden.

Will man hier zu ungefähren Anhaltspunkten kommen, ist man auf einige meist ältere Untersuchungen von Wirtschaftsprofessoren bzw. -instituten

Geldvermögen privater Haushalte Ende 1983

Erfaßtes Nettogeldvermögen[1]) privater Haushalte[2]) am 31. 12. 1983 nach Größenklassen

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchstichprobe



[1]) Guthaben auf Sparkonten, Bausparguthaben und Wertpapierbestände (zum Tageskurs) sowie sonstiges Geldvermögen (z. B. Termingeld, Berlindarlehen, ohne Bestände an Bargeld und auf Girokonten sowie ohne Forderungen an Dritte) abzüglich Kreditverpflichtungen (ohne Hypotheken, Baudarlehen u. ä.). — [2]) Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte in Anstalten und ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr. — [3]) Guthaben höher als Kreditverpflichtungen. — [4]) Kreditverpflichtungen höher als Guthaben. — [5]) Einschl. ausgeglichener Guthaben und Verpflichtungen. — [6]) Weder Guthaben noch Verpflichtungen.

Quelle: Wirtschaft und Statistik 5/1985

HELMUT CREUTZ

Darstellung 7

angewiesen, bei denen jedoch durchweg nicht zwischen selbstgenutzten und wirtschaftlich eingesetzten Vermögensbestandteilen unterschieden wird.

Geht man dabei von drei Versuchen aus, die Verteilung der Gesamtvermögen einzufangen, nämlich den Erhebungen von Wolfram Engels, Mierheim und Wicke und Meinhard Miegel, und ermittelt man aus den unterschiedlichen Ergebnissen eine Vermögensverteilung auf zehn gleichgroße Haushaltsgruppen, dann ergibt sich für das Jahr 1982 etwa eine Verteilung, wie sie in der *Grafik 8* wiedergegeben ist. Aus den dort ermittelten Vermögenswerten und den jeweiligen Einkommenssäulen der zehn Gruppen kann man nun für jede dieser Gruppen die durchschnittlichen Zinserträge und Zinslasten errechnen.

Will man jetzt dem Umfang der Einkommensumschichtung näher kommen, muß man die sich in jeder Gruppe als Durchschnittsgröße ergebenden Zinslasten und -erträge gegeneinander saldieren. (*Darstellung 9*)

Wie erkennbar, ist dieser Saldo bei den ersten acht Gruppen negativ, bei der neunten fast neutral und bei der zehnten Gruppe deutlich positiv.

Das heißt konkret, bei der Verrechnung von Zinslasten und -einkünften zahlen etwa 85 Prozent der Haushalte drauf und 15 Prozent gehören zu den Gewinnern. Oder anders ausgedrückt: Die letzten 15 Prozent kassieren ohne Leistungseinbringung etwa soviel, wie die ersten 85 Prozent verlieren. Auf diese Weise findet also eine ständige Einkommensumschichtung von der überwiegend von Arbeit lebenden Bevölkerungsmehrheit zu der überwiegend von Besitz lebenden Minderheit statt.

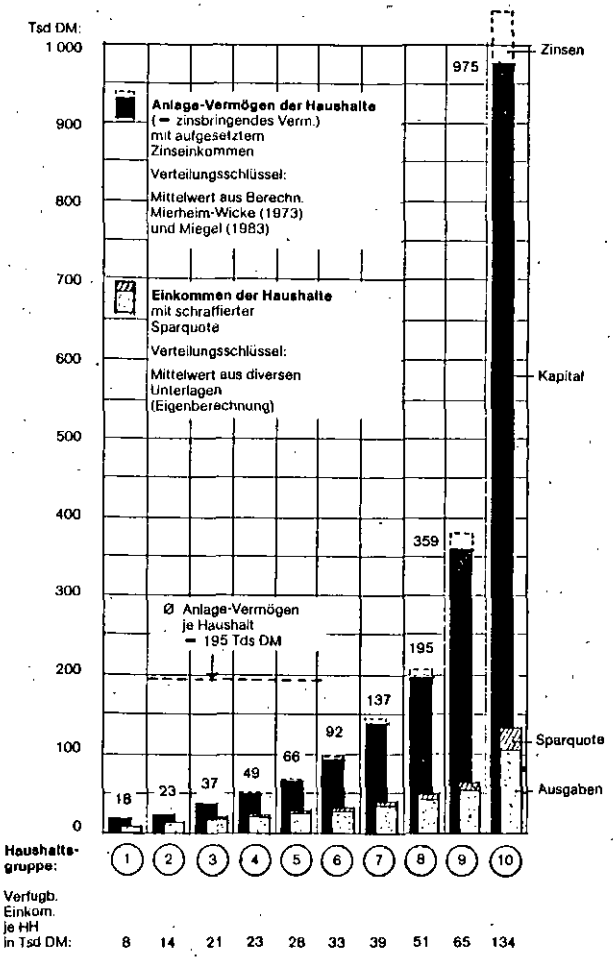
Während sich, bei einer angenommenen Durchschnittsverzinsung von 5,5%, im Jahre 1982 bei dieser Annäherungsrechnung eine jährliche Umschichtung von rund 90 Mrd DM und eine tägliche von 246 Mio DM ergibt, würde ein um die Hälfte erhöhter Zins von 8,25% auch um die Hälfte erhöhte Umverteilungsgrößen bewirken, also etwa 135 Mrd jährlich und 369 Mio DM täglich.

In welchem Maße sich die Einkünfte der Haushalte inzwischen auseinanderentwickelt haben, zeigt auch der Vergleich in *Darstellung 10*: Während die Spitzeneinkommen aus Arbeit heute etwa beim 20fachen eines Normalverdieners liegen (Was sicherlich bereits schwer erklärbar ist), steigen die Spitzeneinkommen aus Vermögen bereits auf das 2 000fache an, wenn wir einen Milliardär zum Vergleich heranziehen. Dabei gibt es bekanntlich Haushalte mit noch größeren Vermögen. So hatte – nach einer Meldung des Spiegel – Helmut Horten 1984 ein Zinseinkommen von 300 Mio DM, täglich also rund 800 000 DM, was dem 10 000fachen Einkommen eines Normalverdieners entspricht.

Geht man davon aus, daß heute jeder Arbeitleistende etwa jede dritte Stunde für die Zinsbedienung arbeitet, dann mußten 1984 also rund 30 000

Verteilung der Einkommen und Anlage-Vermögen der privaten Haushalte – aufgeteilt auf zehn Gruppen mit je 2,5 Mio Haushalte

Anlage-Vermögen aller Haushalte	:	4.875 Mrd DM (eigener Ansatz)
Verfügbares Einkommen aller Haushalte	:	1.040 Mrd DM (stat. Wert 1982)
Sparquote (13,5%)	:	140 Mrd DM (stat. Wert 1982)
Ausgaben der Haushalte	:	900 Mrd DM (stat. Wert 1982)

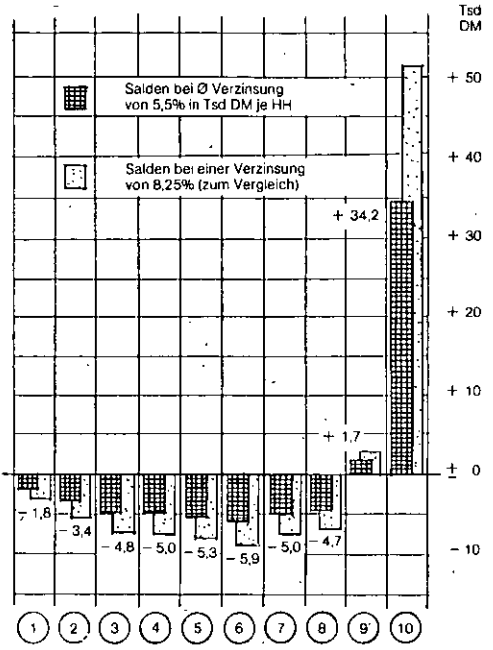


Darstellung 8

Salden der Zinslasten und Zinserträge der privaten Haushalte – aufgeteilt auf zehn Gruppen von je 2,5 Mio Haushalte

Angesetzte Zinserträge aller Haushalte: 270 Mrd DM
(bei 5,5%iger Verzinsung eines Anlagevermögens von 4.875 Mrd)

Angesetzte Zinslasten: ebenfalls 270 Mrd DM (nur der Zinslastanteil, der von privaten Haushalten an private Haushalte fließt)



Berechnung:

Zinserträge	0,5	0,7	1,1	1,5	2,3	3,2	5,5	8,8	18,0	66,5
Zinslasten	2,3	4,1	5,9	6,5	7,6	9,1	10,5	13,5	16,5	32,3
Zinssalden	1,8	3,4	4,8	5,0	5,3	5,9	5,0	4,7	1,7	34,2
	–	–	–	–	–	–	–	–	+	+

Gesamte Einkommensverschiebung von den acht ersten zu den zwei letzten Haushaltgruppen : jährlich 90 Mrd, täglich 246 Mio DM

(bei 8,25% Verzinsung : jährlich 135 Mrd, taglich 369 Mio DM)

Darstellung 9

EINKOMMENSUNTERSCHIEDE:

PRO JAHR: DM	AUS ARBEIT ALS:	AUS VERMÖGEN VON: *)
• 20.000	Hilfsarbeiter, Bürohilfskräfte, Anlernberufe, Verkäuferinnen, qualifizierte Halbtagsbeschäftigte	33o.ooo DM
•• 40.000	qualifizierte Arbeiter und Handwerker, Kleinunternehmer, Angestellte und Beamte des mittleren Dienstes	66o.ooo DM
••• 60.000	Selbständige, akademische Berufe, Unternehmer, Angestellte und Beamte des höheren Dienstes	1.ooo.ooo DM (1 Mio)
600.000 ••••••••••••••••••••••••••••	Großunternehmer, Spitzenmanager, -mediziner, -politiker, -funktionäre, -künstler und -sportler	1o.ooo.ooo DM (1o Mio)
6 MIO	aus Arbeit nicht möglich	1oo.ooo.ooo DM (1oo Mio)
60 MIO	aus Arbeit nicht möglich	1.ooo.ooo.ooo DM (1 Mrd)

Die Unterschiede bei arbeitsbedingten Einkommen sind gewiß oft ungerecht, gegenüber den vermögensbedingten jedoch nur eine Bagatelle.

Das hier als Block dargestellte Vermögenseinkommen von 6o Mio entspricht etwa dem Arbeitseinkommen von 2.ooo Normalverdienern.

Laut SPIEGEL hatte Helmut Horten bereits 1984 ein Vermögenseinkommen von 3oo Mio DM, also ein fünfmal größeres als das hier dargestellte.

Da heute ungefähr jede dritte Mark in den Zinsendienst fließt, müssen etwa 3o.ooo Normalverdiener ein Drittel ihres Lohnes an Horten hergeben

Quelle: eigene Umrechnungen / SPIEGEL Nr. 48/84 *) bei 6% Verzinsung HELMUT CREUTZ (56)

Darstellung 10

Normalverdiener jeden Tag alleine für Herrn Horten fast drei Stunden länger arbeiten, als es ihren eigenen Bedürfnissen entsprach.

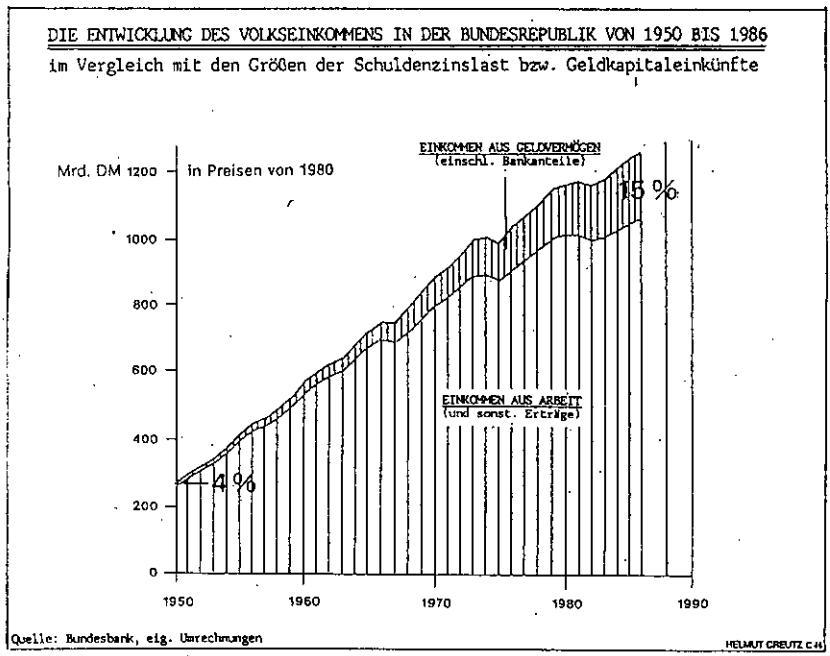
Mit diesem Vergleich wird bereits erkennbar, welcher Wachstumsdruck von der zinsbedingten Einkommensumschichtung ausgeht, wenn eine Verarmung der Arbeitsleistenden vermieden werden soll.

Gibt es für den Wachstumsdruck weitere Beweise?

Was vorhin auf der Ebene von Einzelhaushalten oder Haushaltsgruppen aufgezeigt wurde, soll nun noch einmal auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene dargelegt werden.

In der *Darstellung 11* ist die Entwicklung des Volkseinkommens von 1950 bis 1985 in realen Jahresgrößen eingetragen.

Erkennbar ist wieder die fast lineare Entwicklung, die nur gegen Ende etwas nachläßt. Erkennbar sind aber auch die dreimaligen Konjunktureinbrüche in den Jahren 1967, '75 und '82, die jeweils zu einem realen Rückgang des Volkseinkommens führten.



Darstellung 11

Trägt man in das gesamte Volkseinkommen den Anteil ein, der etwa für die Verzinsung der Verschuldung bzw. des Geldvermögens (einschl. Bankanteile) angesetzt werden muß, dann ergibt sich ein Restbetrag, der die Einkünfte der Werteschaffenden umfaßt, einschl. Gewinne und Verzinsung des schuldenfreien Sachvermögens. Wie erkennbar, ist dieser leistungsbezogene Anteil in der Nachkriegszeit deutlich gestiegen, jedoch nicht in dem Umfang der geldbezogenen Zinsanteile. So nahm das gesamte Volkseinkommen von 1950 bis 1985 in realen Zahlen etwa auf das Fünffache zu, das Geldvermögen auf das 15fache und die Geldzinsgrößen auf das 20fache. Bezogen auf das Volkseinkommen lagen die Zinsgrößen 1950 bei knapp vier Prozent, 1985 etwa bei 15 Prozent. Sie nahmen also rund viermal schneller als die Leistung zu. Wie weiter erkennbar, wurden diese Zinsgrößen von den Konjunktureinbrüchen nicht berührt. Das heißt, der Einkommensrückgang mußte von den Werteschaffenden alleine getragen werden, wobei im Normalfall die Unternehmer die größten Rückgänge zu verkraften haben, was sich u. a. in den zunehmenden Insolvenzen widerspiegelt.

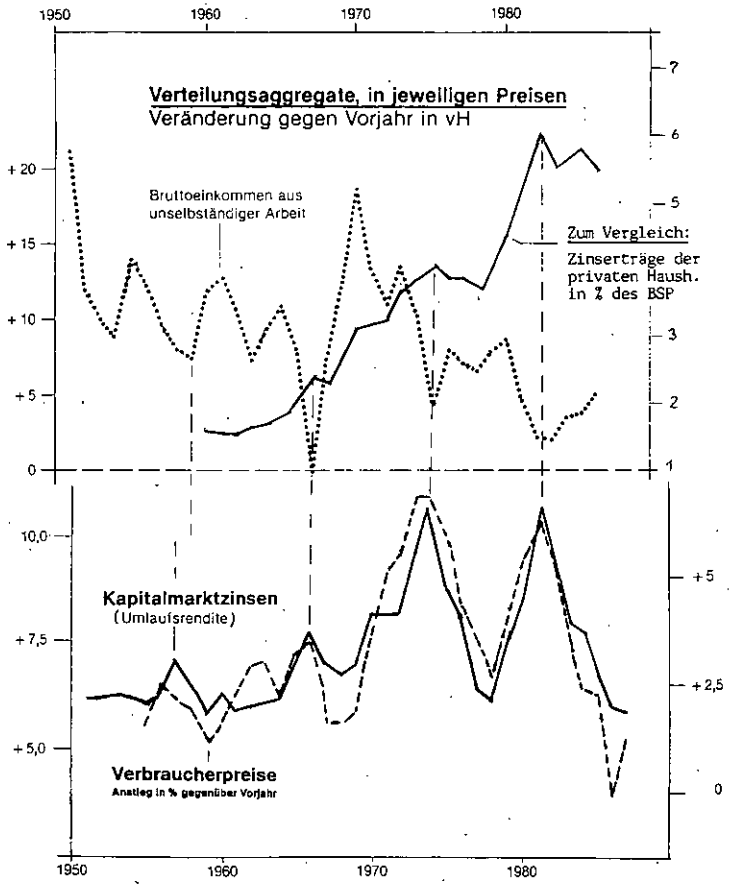
Da die Konjunkturflauten also mit den Hochzinsgipfeln zusammenhängen und ihnen mit einem Jahr Verzögerung folgen, stehen den rückläufigen Arbeitseinkommen nicht nur gleichbleibende, sondern sogar zunehmende Zinslast- und Ertragsgrößen gegenüber. Dies macht die *Darstellung 12* deutlich, in der den Zins- und Inflationsentwicklungen die Veränderungen der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und die Zinserträge der privaten Haushalte gegenübergestellt sind. Während letztere mit den Zinssätzen jeweils steigen, fallen erstere zurück.

Wie könnte die Entwicklung weitergehen?

Verlängern wir jetzt einmal die bisherige Entwicklung des Volkseinkommens um weitere 35 Jahre und spielen dabei drei theoretische Weiterentwicklungen durch, wie hier in *Darstellung 13* geschehen:

Die Alternative A geht von einer (aus vielen Gründen wünschenswerten) Wachstumsstabilisierung auf Null im Jahre 1990 aus. Legt man gleichzeitig ein weiteres reales Wachstum der Geldvermögen von nur vier Prozent zugrunde (im Schnitt der Jahre 1950 bis '85 lag die Zunahme über acht Prozent!), dann würde bei einer nicht mehr wachsenden Wirtschaftsleistung der Zinsanspruch an das VE bis zum Jahr 2020 auf rund 52% gestiegen sein (wenn wir gleichbleibende Zinshöhen nach den derzeitigen Sätzen annehmen). Das heißt, in 35 Jahren würde das Geldkapital mehr als die Hälfte des Volkseinkommens beanspruchen. Damit wird klar, daß ein Nullwachstum in der Wirtschaft schon nach kurzer Zeit zu sozialen und wirtschaftlich-politisch unhaltbaren Zuständen führen müßte. Selbst bei einem ständigen Wirt-

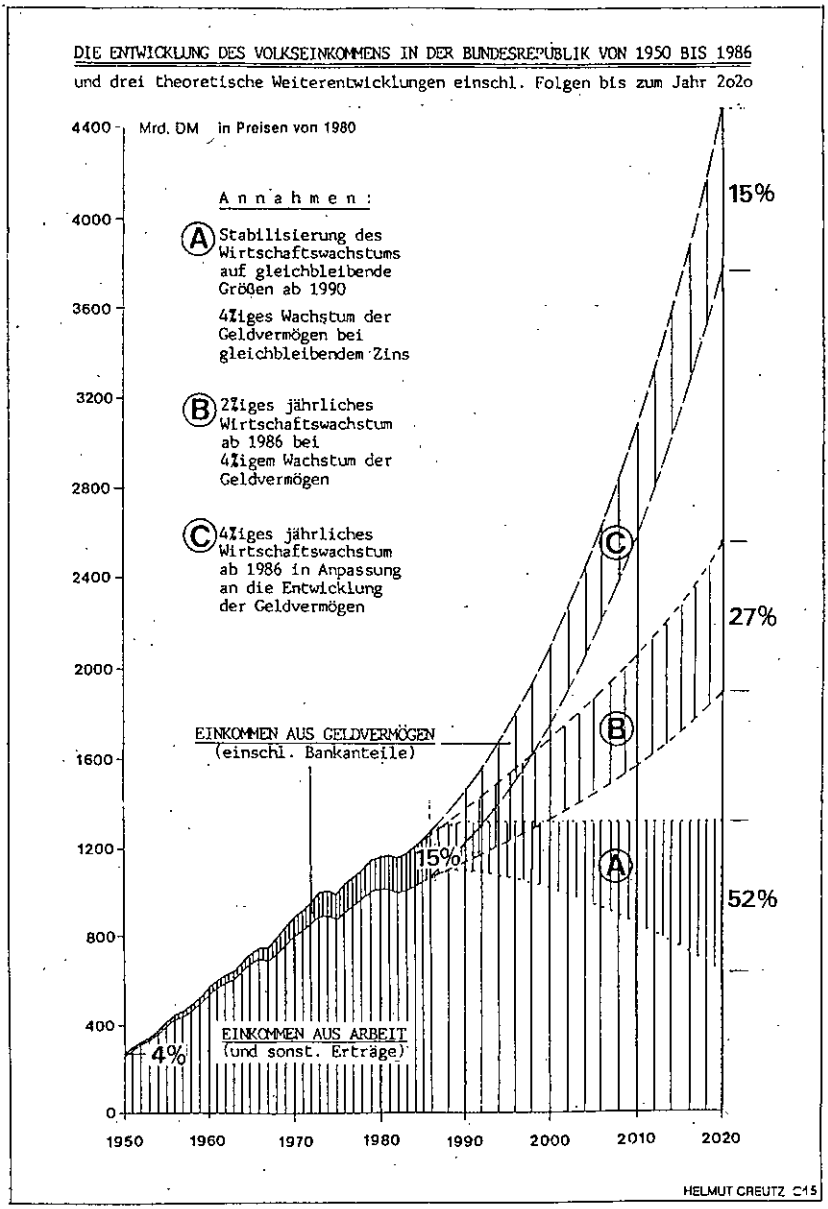
KONJUNKTURDATEN IM VERGLEICH



Quellen: Obere Kurven: Werner Glastetter "Konjunkturpolitik"
Untere Zins- und Inflationskurven: Bundesbank

HELMUT CREUTZ © 22

Darstellung 12



Darstellung 13

schaftswachstum von einem Prozent im Jahr, würde sich die Lage der arbeitenden Menschen bis zum Jahrhundertende zu verschlechtern beginnen.

Nehmen wir ein Wirtschaftswachstum von 2 Prozent jährlich an, wie in der eingetragenen Alternative B, dann würde zwar der Geldkapitalanspruch (bzw. die Schuldenzinsbelastung) in den nächsten 35 Jahren von 15 auf 27 Prozent des Volkseinkommens ansteigen, aber auch die Arbeitseinkommen nähmen weiter zu, wenn auch relativ geringer. Allerdings wäre es bei einem Wirtschaftswachstum von jährlich zwei Prozent erforderlich, daß wir unser Sozialprodukt (und damit unseren Verbrauch!) in den nächsten 35 Jahren fast noch einmal gegenüber dem heutigen Stand verdoppeln.

Wollten wir die heute gegebene Verteilung des Volkseinkommens zwischen Geld und Arbeit von 15 zu 85 Prozent beibehalten, dann müßten wir sogar wie in der Alternative C dargestellt – unseren Verbrauch bis 2020 auf das Vierfache steigern, eine völlig irreale Größe angesichts der Folgen unseres heute bereits überzogenen Ressourcenverbrauchs.

Mit anderen Worten: Nur wenn das Wirtschaftswachstum mit der Entwicklung der Geldvermögen Schritt halten kann, läßt sich eine zunehmende Einkommensumschichtung mit allen ihren negativen Folgen vermeiden. Zu einem Anstieg der sozialen Spannungen kann es dann allenfalls – wie gehabt – in Hochzinsphasen kommen.

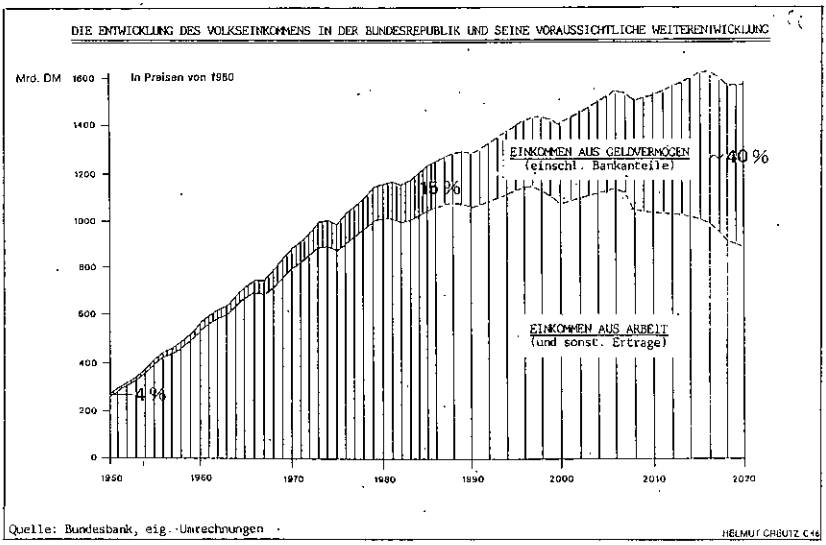
Johannes Jenetzky hat unsere Situation, in der die Wirtschaft bzw. das Sachkapital die Lasten des Geldkapitals tragen muß, einmal mit der Roß- und Reitersituation verglichen:

Wächst der Reiter rascher als das Pferd, ist dessen Zusammenbruch nur eine Frage der Zeit. Vermeidbar ist dieses Ende nur, wenn auch das Pferd im Gleichschritt mit dem zu tragenden Reiter wächst, auch wenn es dabei seine »optimale Größe« überschreitet, was wiederum mit Problemzunahmen verbunden ist, sowohl für die Natur wie die Menschen, die es »füttern« müssen.

Welche weitere Entwicklung des Volkseinkommens ist wahrscheinlich?

Die voraussichtliche Weiterentwicklung des Volkseinkommens ergibt sich aus dem bisherigen Verlauf. Eine solche Trendverlängerung wird in *Darstellung 14* versucht.

Dabei wird von einem Wirtschaftswachstum von real 1,5 bis 2 Prozent in den 90er Jahren ausgegangen, das jedoch – wie bisher – langsam nachläßt und etwa um 2010 gegen Null tendiert. Außerdem wurden in ähnlichen Abständen wie bisher Konjunktureinbrüche unterstellt mit ähnlich großen Leistungsrückgängen – wahrscheinlich eine zu optimistische Annahme.



Darstellung 14

Legen wir auch hier wieder ein reales Geldvermögenswachstum von vier Prozent zugrunde, würden sich bei uns um das Jahr 2000 »lateinamerikanische Verhältnisse« einstellen. Das heißt, trotz noch gegebener realer Zuwächse der Wirtschaftsleistung gehen die Einkünfte der Werteschaffenden zurück. Im Jahre 2020 würde das Geldvermögen gut 40 Prozent des Volkseinkommens direkt und indirekt in Anspruch nehmen, für die Leistenden verblieben knappe 60 Prozent.

Die Darstellung 14 macht nochmals deutlich, daß wir uns heute ein niedriges Wirtschafts-Wachstum tatsächlich nicht leisten können, schon gar nicht ein »Nullwachstum«, wenn wir die Zunahme sozialer Spannungen vermeiden wollen.

Die im separaten Kasten eingerückten Aussagen führender Politiker treffen also ins Schwarze. Doch geht der Wachstumsdruck in unserer Wirtschaft nicht nur von den Politikern aus (die soziale Spannungen vermeiden wollen) und auch nicht nur von den Geldbesitzern und Zinsbeziehern (die heute schon mit immer größeren Mitteln in die Spekulation einsteigen), sondern der entscheidende Wachstumsdruck geht von denjenigen aus, deren Verschuldung rascher zunimmt als die Umsätze, und das ist inzwischen bei der Mehrzahl der Unternehmer der Fall. Sie haben nämlich nur die Wahl, zur Bedienung der Zinsen entweder mehr zu produzieren, oder ihren Gürtel enger zu

schnallen. Und da letzteres niemand gerne tut, versuchen fast alle mit allen erdenklichen Mitteln ihren Absatz zu erhöhen, notfalls auch mit den Ellenbogen oder unlauteren Mitteln, und im Extremfall »bis aufs Messer«, was nicht nur in den Wirtschaftskrimis vorkommt.

»Unsere Wirtschaft ist auf niedrigeres oder gar »Nullwachstum« nicht eingestellt, Wachstumsstillstand bedeutet Massenarbeitslosigkeit und damit den katastrophalen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Bundesrepublik Deutschland.«

Finanzminister Hans Matthöfer
(zitiert in dem 1980 erschienenen Buch »Wege aus der Wohlstandsfalle«:

»Ein funktionierendes kapitalistisches Wirtschaftssystem muß sich ständig ausweiten. Jeder Rückgang in der Produktion löst eine Wirtschaftskrise mit all ihren bedenklichen Folgen aus: Arbeitslosigkeit, sinkende Einkommen, steigende Staatsverschuldung.«

aus: »Argumente in der Energiediskussion«, herausgegeben von dem früheren Bundesminister Volker Haus:

Zu welchen Extremsituationen solche verschuldungs- und zinsbedingten Einkommensverschiebungen führen, haben wir in den letzten Jahren in der 3. Welt, vor allem in Lateinamerika erlebt: Man wirft seine Ressourcen zu Schleuderpreisen auf den internationalen Markt und fällt den letzten Baum, nur um noch ein paar Dollar zur Befriedigung der Gläubiger hereinzuholen. Und bei der breiten Masse, deren Einkünfte trotz gleichbleibender Leistung ständig sinken, bilden sich die Armuts- und Bürgerkriegspotentiale heran, die auch den Zündstoff bilden können für grenzüberschreitende Auseinandersetzungen. Daß sich diese Negativentwicklungen nicht durch den Wechsel von Regierungen oder Regierungssystemen verringern lassen, haben wir inzwischen ebenfalls zur genüge erfahren, nicht nur in der Dritten Welt, sondern auch im Ostblock.

Aber auch in den westlichen Industrienationen mehren sich die Probleme.

Insgesamt gesehen profitieren diese Länder als überwiegende Gläubigernationen zwar noch von der Verschuldung der wirtschaftlich Schwächeren. Auch der Druck in den Schuldnerländern, ihre Güter zu Schleuderpreisen anzubieten, schlägt sich in den reichen Ländern als Vorteil nieder, wobei man diese Importpreissenkungen oft noch als erfolgreiche Inflationsbekämpfung feiert. Doch die Diskrepanzen zwischen arm und reich – genauer: zwischen Arbeit und Besitz – nehmen bei uns laufend zu. Denn der »Neuen Armut«, in Großbritannien und den USA besonders weit fortgeschritten, steht auf der anderen Seite ein »neuer Reichtum« gegenüber, dazu noch konzentriert auf kleine Minderheiten. Und diese allerorten zu registrierende Diskrepanzzunahme beschleunigt sich bei nachlassendem Wirtschaftswachstum, ja schon

bei gleichbleibendem, sofern es unter dem Geldvermögenszuwachs liegt.

In welchem Umfang bei uns die Zuwachsraten der Geldvermögen und des Bruttosozialprodukts auseinanderklaffen, vermittelt die *Darstellung 15*.

Wie erkennbar, sind von 1980 bis 1985 die Geldvermögenszuwächse bereits dreimal so groß gewesen wie der Leistungszuwachs. Vergleicht man den durchschnittlichen Jahres-Anstieg der Geldvermögen von 204 Mrd DM mit dem Durchschnittsanstieg der Nettolöhne und -gehälter in der gleichen Zeit in Höhe von 10 Mrd DM, dann hat diese Nettolohnerhöhung noch nicht einmal gereicht, die Zinsen für das hinzugewachsene Geldvermögen abzudekken.

Organische Sättigungsprozesse und damit auslaufende Wachstumsentwicklungen, so wünschenswert ja notwendig sie aus vielen Gründen wären, werden also unter den heutigen Gegebenheiten mit jedem Jahr unmöglicher.

In welcher Richtung müßten Korrekturen ansetzen?

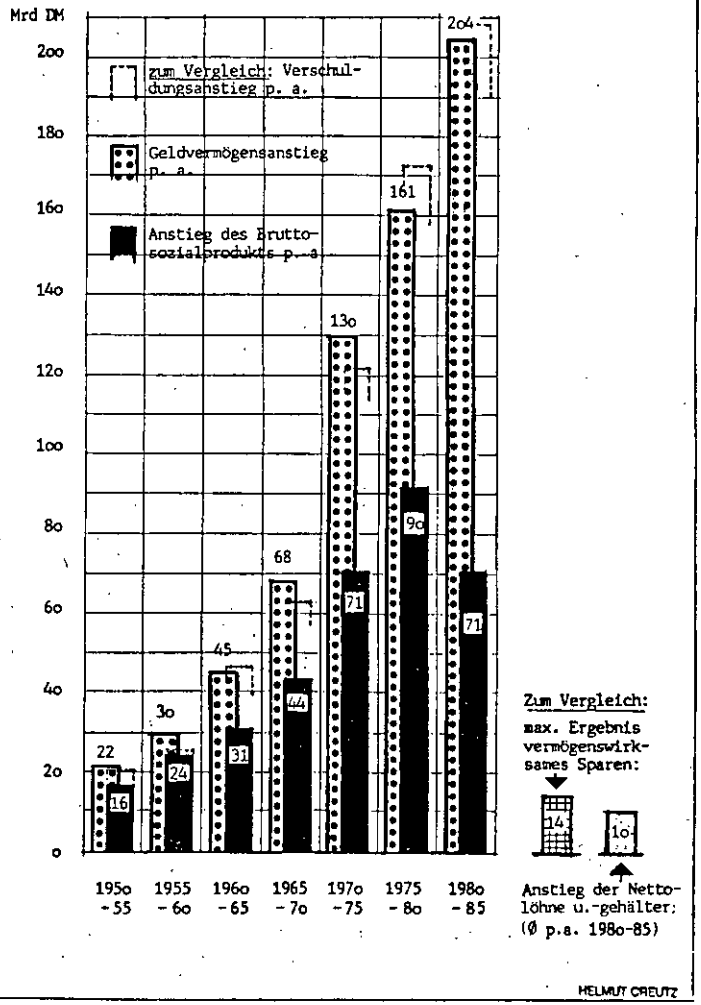
Wenn man weitere Problemzunahmen vermeiden und normale Sättigungsentwicklungen ermöglichen will, muß man versuchen, die sich weiter öffnende Schere zwischen Leistung und Geldvermögen zu schließen.

Eine Schere kann man schließen, indem man die Schneiden aufeinander zu bewegt, z. B. durch die Anpassung des Wirtschaftswachstums an die Entwicklung der Geldvermögen. Daß dieser Weg ein irrealer ist, hat uns die Vergangenheit bewiesen. Es bleibt also nur die Anpassung der Geldvermögensentwicklung an die Leistung übrig. – Wie ist das möglich?

Geldvermögen entstehen normalerweise durch die Ansammlung von Ersparnissen aus Arbeitsleistung. Durch den Zins- und Zinseszinseffekt nehmen diese Geldvermögen jedoch schließlich immer schneller »von alleine« zu und damit auch die Geldvermögenskonzentrationen in einer »alternden Volkswirtschaft«. In der Bundesrepublik dürfte heute die sogenannte »Sparquote« zu zwei Dritteln bereits aus stehengelassenen Zinseinkünften bestehen. Das Geldvermögenswachstum hängt damit immer mehr von der jeweiligen Zinshöhe ab. Sinken die Zinsen gegen Null (was bei unseren weitgehend gesättigten Kapitalmärkten längst der Fall sein müßte), würde sich die Entwicklung der Geldvermögen schließlich auf die Ersparnisse aus eigener Leistung beschränken. Da sich in einer gesättigten Volkswirtschaft mit dem nachlassenden Leistungstrieb auch die Ersparnisse zurückentwickeln dürften (vor allem wenn sich der heutige Zinsanreiz verringert), würde sich die Geldvermögensbildung verlangsamen und dem nachlassenden Wirtschaftswachstum wie auch dem zurückgehenden Kapitalbedarf in etwa anpassen. Die Schere zwischen Leistung und Geldvermögensentwicklung würde sich nicht weiter öffnen, vielleicht sogar langsam schließen. Da damit auch die Umver-

ZUWACHSRATEN DER GELDVERMÖGEN UND DES BSP VON 1950 BIS 1985 / FÜNFJAHRESDURCHSCHNITTE

Quelle: Statistisches Bundesamt - umgerechnet / alle Werte in Mrd DM



Darstellung 15

teilungsprobleme zwischen Arbeit und Kapital verringert würden, wären organische Sättigungsentwicklungen wie auch ein »Nullwachstum« ohne Komplikationen möglich.

Wie kann man den Zins zum Sinken bringen?

In einer funktionierenden Markwirtschaft müssen alle Knappheits-Preisaufschläge mit den Sättigungsentwicklungen sinken. Das heißt, auch der Zins als »Leihpreis des Geldes« müßte mit den sinkenden Gewinnen und sachkapitalbezogenen Renditen nach und nach nach unten gehen und schließlich, bei ausgeglichener Kapitalmarktlage, gegen Null tendieren. In unserer Wirklichkeit fällt der Kapitalmarktzins jedoch allenfalls auf sechs Prozent oder knapp darunter. Das ist die Folge des Tatbestandes, daß unter dieser Marke Geld für längerfristige Ausleihungen kaum noch zur Verfügung gestellt wird. Unter diesem Satz von sechs Prozent wird der Liquiditätsvorteil des Geldes für den Besitzer nämlich interessanter als der noch gebotene Zins. Die Bargeldhaltung nimmt dann ebenso zu wie die Geldhaltung in liquideren Anlageformen, ebenso der Einsatz in spekulativen Bereichen.

Dieser »Geldstreik« auf dem Kapitalmarkt führt dann über kurz oder lang wieder zu einem Anstieg der entsprechenden Zinssätze; dieser Zinsanstieg wieder zu einem Abbau der angesammelten liquiden Bestände, der – meist verbunden mit einem inflationären Nachfrageauftrieb – die Zinsen erneut in die Höhe treibt, bis zur nächsten Rezession.

Diese Wechselwirkung zwischen Zins- bzw. Inflationshöhe und den Veränderungen der Geldhaltungsgewohnheiten geht aus *Darstellung 16* hervor.

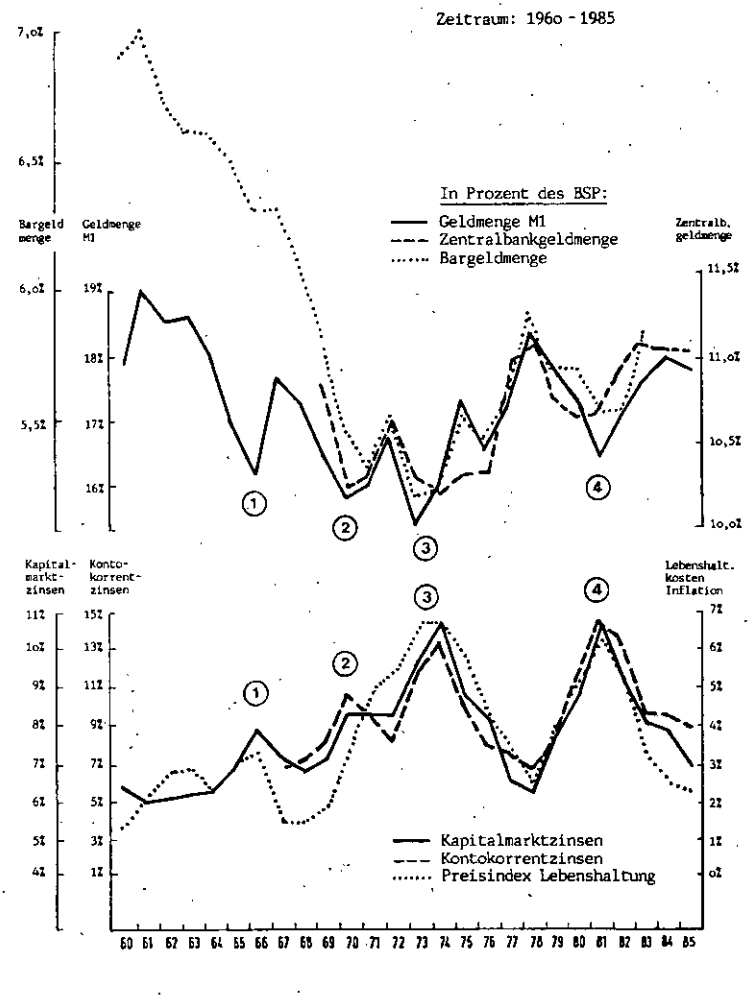
Die im unteren Teil übereinandergeschobenen Kapitalmarkt-, Kontokorrentzins- und Inflationssätze, lassen die »Parallelität« zwischen Preisindex und Zins erkennen. Die im oberen Teil übereinandergeschobenen Geldmengen zeigen die Gegenläufigkeit zur Zinshöhe auf: Bei fallendem Zins nimmt die Liquiditätsvorliebe zu, bei steigendem Zins geht sie zurück.

Was ist der entscheidene Ansatz zur Verringerung der Scherenöffnung zwischen der Geldvermögensentwicklung und den Sättigungsprozessen?

Gehen wir der Kausalitätenkette noch einmal rückwärts nach:

Organische Wachstums- und Sättigungsabläufe werden in unserer heutigen Wirtschaft durch das Überwachstum der Geldvermögen gestört bzw. verhindert. Die heute sich wiederholenden »Korrekturen« dieser Auseinanderentwickung durch lokale, nationale oder globale Kapitalvernichtungen (mit oder ohne Krieg) können kein akzeptabler Weg zur Lösung der Probleme sein.

VERGLEICH ZWISCHEN DER VERÄNDERUNG DER ZINSSÄTZE UND DER GELDMENGE



Quelle: Bundesbank

HELMUT CREUTZ

Darstellung 16

Eine ständige Ausweitung des Wirtschaftswachstums zur Schließung der Schere verbietet sich durch die Umweltfolgen und wäre auch ohne diese nicht lange durchhaltbar. Als Lösung bleibt damit nur die Verlangsamung der Geldvermögensentwicklung und ihre Anpassung an die Entwicklung der wirtschaftlichen Leistung.

Die Anpassung der Geldvermögensentwicklung an die Leistung ist nur möglich, wenn der geldbezogene Zins mit den Sättigungsentwicklungen an den Güter- und Kapitalmärkten absinkt und sich den nachlassenden Gewinnen und Sachkapitalrenditen anpaßt. Dieses Anpassen der Zinsentwicklung an die der Leistung ist nur möglich, wenn sich das Geld den preisbildenden Kräften von Angebot und Nachfrage nicht entziehen kann. Das heißt, die Möglichkeiten der Geldzurückhaltung, bzw. die bei bestimmten Zinsgrenzen einsetzende Vorliebe für Liquidität, muß auf ein erträgliches Maß reduziert werden.

Diese notwendige Einschränkung der die Gesamtgesellschaft belastenden Geldblockade setzt eine andere rechtliche Einordnung bzw. rechtliche Sicht der öffentlichen Einrichtung Geld voraus: Geld kann und darf nur als Tauschmittel und Preismesser gesehen und genutzt werden. Eine gleichzeitige Nutzung als Wertaufbewahrungs- oder gar Spekulationsmittel ist irreal, da es damit seiner erstgenannten Aufgabe entzogen wird. Der heutige Mißbrauch des Tauschmittels Geld als Wertaufbewahrungsmittel muß zwangsläufig zu ähnlichen Problemen führen wie der Mißbrauch öffentlicher Fahrbahnen als Abstellflächen oder öffentlicher Güterwaggons als private Lagerhallen. So wie es in diesen Mißbrauchsfällen zu massiven Behinderungen des Straßen- bzw. Güterverkehrs kommen muß, bis hin zu seinem Zusammenbruch, so muß auch die mißbräuchliche Verwendung des Geldes als Wertaufbewahrungs- und Spekulationsmittel zu massiven Störungen des Geldverkehrs führen, mit immer größeren Problemen. Kurz: Die Zweckentfremdung von Geld muß genauso betrachtet und rechtlich geahndet werden wie die Zweckentfremdung anderer öffentlicher Güter und Einrichtungen, d. h., sie muß mit Kosten für den Mißbraucher verbunden sein.

Wird die Geldhaltung mit Kosten verbunden, die den Liquiditätsvorteil des Geldes neutralisieren oder leicht übersteigen, kann man davon ausgehen, daß im allgemeinen nur soviel Geld gehalten wird, wie zur Abwicklung der normalen Wirtschaftsvorgänge erforderlich ist. Konkret: Man wird überschüssige Mittel auch dann freigeben und damit im Umlauf halten, wenn der Kapitalmarktzins unter sechs, fünf oder vier Prozent heruntergeht. Damit wird die Anpassung des Zinses (und damit auch der Geldvermögen) an die sich sättigenden Märkte und nachlassenden Knappheitsgewinne auf organische Weise möglich; und damit auch der Weg frei zu einer nachlassenden Entwicklung der Geldvermögen, der volkswirtschaftlichen Verschuldung und des pro-

blemerzeugenden Zinsstransfers. Und damit wiederum wird der Weg frei für eine natürlich-organische Entwicklung des Wirtschaftsgeschehens, die auch dann problemlos bleibt, wenn die Wachstumsraten sich bei Null stabilisieren würden oder gar unter diese Marke sinken.

Abschließende Gedanken:

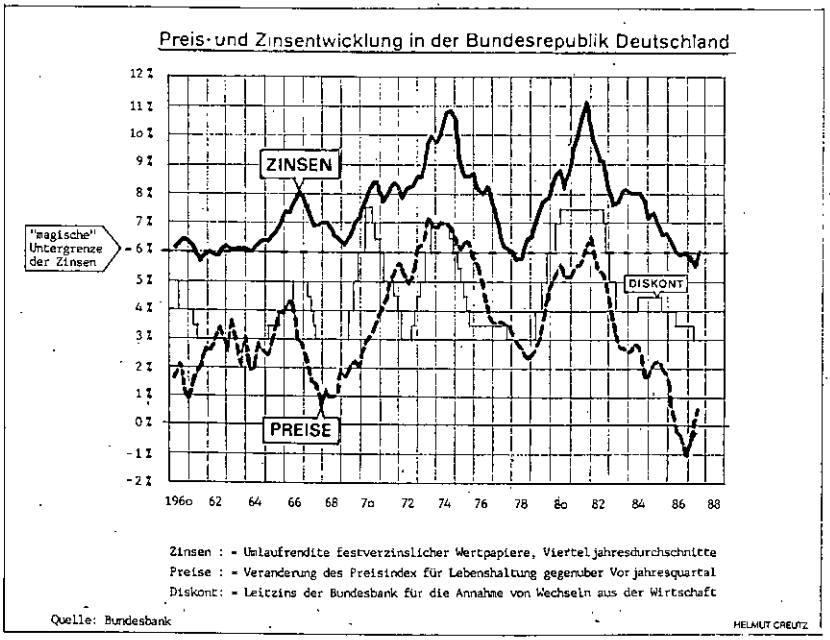
Überproportional zunehmende *Sach*vermögen sind – auch bei unterschiedlicher Verteilung – ein Indiz für allgemeinen Wohlstandsanstieg. Überproportional zunehmende *Geld*vermögen sind dagegen ein Indiz für zunehmende Instabilitäten in Wirtschaft und Gesellschaft, da sie mit entsprechenden Verschuldungszunahmen und Zinstransfers gekoppelt sind. Dabei *ermöglichen* diese wachsenden Geldvermögen nicht nur eine wachsende Verschuldung, sondern sie *erzwingen* sie. Denn, werden diese wuchernden Geldvermögen *nicht* auf dem Kreditweg wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückgeschleust, kommt es zu entsprechenden Nachfrageausfällen und Kreislaufunterbrechungen. Auf diesen Zusammenhang hat Anfang 1988 Rüdiger Pohl, ein Mitglied des Sachverständigenrates, noch einmal hingewiesen: »Staatliche Kreditaufnahme ist kein Selbstzweck«, denn wenn »die Kapitalnachfrage der Unternehmen . . . gering bleibt, muß der Staat das am Markt bestehende Kapitalüberangebot aufnehmen, weil anderenfalls eine deflationäre Wirtschaftsentwicklung einsetzen würde.«

Aufgrund unserer Geldordnungsgegebenheiten geraten wir also immer mehr in eine Zwickmühle: Holen wir die überproportional wachsenden Geldvermögen auf dem Kreditweg immer wieder in den Kreislauf zurück, droht uns in absehbarer Zeit der Überschuldungs-Zusammenbruch. Holen wir sie nicht zurück, droht uns »morgen« ein deflationärer, rezessiver Konjunktureinbruch. Dabei ist besonders fatal, daß sich beide Prozesse aus sich selbst heraus beschleunigen.

Die derzeitigen Gegebenheiten in unseren Volkswirtschaften tendieren also so oder so zu immer größeren Komplikationen, zumindest solange wir vor jenen Geldordnungsmechanismen die Augen schließen, die uns in diese Sackgasse führen.

Verringert und schließlich abgebaut werden können diese Negativentwicklungen nur, wenn auch der Zins – wie alle anderen Preise – dauerhaft den Marktkräften untergeordnet wird.

Zwar steigt auch heute der Zins marktgerecht mit zunehmender Kapitalknappheit an und geht mit abnehmender zurück. Nicht marktgerecht und damit problemerzeugend ist jedoch der Tatbestand, daß dieser nachfrage- und angebotsbestimmte Rückkopplungsprozeß bei einem Absinken unter eine



Darstellung 17

bestimmte Marke auch dann zum Stillstand kommt, wenn die Inflation auf Null oder darunter fällt.

Wie die Darstellung 17 erkennen läßt, liegt diese »magische Grenze« des Kapitalmarktzinses bei uns etwa bei 6 Prozent. Anstatt das geldgebundene Nachfragepotential zu zwingen, sich auch *unter* dieser Marke weiterhin für langfristige Ausleihungen zur Verfügung zu stellen, läßt man heute zu, daß es zurückgehalten oder auf spekulative Weise rund um den Erdball eingesetzt wird.

Aus der Darstellung 17 werden auch die entscheidenden Ansatzpunkte für eine Korrektur der geldordnungsbezogenen Fehlmechanismen ersichtlich:

Einmal muß die Kaufkraft des Geldes stabilisiert werden, damit die sich immer wiederholenden Hochzinsphasen mit ihren konjunkturellen Wechselbädern vermieden werden können. Zum anderen müßte die künstliche Angebotsverknappung am Kapitalmarkt unterbunden werden, mit der heute das marktgerechte und organische Absinken des Zinssatzes verhindert wird.

Beide Problempunkte hängen mit der heutigen unzureichenden Geldmengensteuerung zusammen, die sich nur auf die *herausgegebene* Geldmenge be-

zieht, den *Umlauf* derselben jedoch unkontrolliert läßt. Für das konjunkturelle Geschehen ist jedoch alleine die umlaufende, nachfragende Geldmenge entscheidend, nicht die herausgegebene. Nur wenn diese beiden Größen in Deckung gebracht werden, sind Störungen des Kreislaufs und damit der Konjunktur vermeidbar. Nur dann auch kann das Geld zu dem werden, was es alleine sein soll, nämlich ein neutrales Tauschhilfsmittel, das der Wirtschaft und damit dem Menschen dient, nicht aber ein Herrschafts- und Spekulationsinstrument für eine Minderheit, mit immer unerträglicher werdenen Problemfolgen.

Erreicht werden kann das nur, wenn die Sicherung des Geldumlaufs nicht mehr durch Zins und/oder Inflation bewerkstelligt wird, sondern von einer davon unabhängigen Umlaufsicherung. Der Zins soll nur noch als Knappheitspreis und Lenkungsinstrument für Anlagen dienen; Aufgaben, die er auch dann noch erfüllen kann, wenn er bei Sättigung der Märkte um die Null-Prozent-Marke schwankt.

Organisch nachlassende Wachstumsprozesse als Folge natürlicher Sättigungsentwicklungen sind also nicht nur normal und wünschenswert, sondern auch möglich. Allerdings nur, wenn wir den »letzten großen Fehler« in unserer Geldordnung, der nicht nur für die Überentwicklung der monetären Größen sondern auch für die Wechselbäder unserer Konjunktur verantwortlich ist, entsprechend untersuchen und korrigieren.

Der eigentliche und entscheidende Ansatz zur Reduzierung der Scherenöffnung zwischen Geldvermögen und Sättigungsentwicklungen liegt also im Bereich der Verstetigung des Geldumlaufs. Konkret: Die bereits bestehende Annahmepflicht des Geldes muß durch eine Weitergabepflicht ergänzt werden.

Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Geld als öffentliches Gut***

Ein Beitrag zur Geldökonomie

Ernst Dorfner*

... Warum den Gürtel enger schnallen?

Kaum jemand empfindet es als paradox, wenn die »Konsolidierungs-Sanierungs-Politiker« der rot-schwarzen Koalition** vom »Gürtel-enger-schnallen« reden. Ein Zeichen dafür, wie sehr die Menschen in der Kategorie »Geld« denken und nicht in den Kategorien unserer güterwirtschaftlichen – also materiellen – Leistungsfähigkeit: Obwohl wir doch alle sehen, wie Geschäfte und Supermärkte von Angeboten überfließen, wir von der Unterauslastung vieler Betriebe hören, und von den Arbeitslosen und arbeitssuchenden Schulabgängern hören – oder selbst dazugehören – akzeptieren wir dennoch diese Parole.

Nicht weil es an den materiellen Voraussetzungen fehlt, müssen wir den Gürtel enger schnallen. Nicht deshalb haben wir Probleme mit der Versorgung der Alten und sozial Schwachen. *Die Wirtschaft wartet geradezu auf mehr Nachfrage, auf mehr Aufträge.*

Es ist das Diktat der leeren Kassen, das wir zu spüren bekommen, das die Frau und der Mann »von der Straße« so als unveränderlich hinnimmt.

Es geht ganz konkret um's Geld!

Doch »die Attitüde, wirtschaftliche Vorgänge in ›realen‹ Terms zu beschreiben, verdeckt die Liquiditätsproblematik**** gerade für die, die an den gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen heftig Kritik üben. Für sie ist die Geld- und Kreditsphäre noch immer nur ein Anhängsel des »eigentlichen« industriellen Kapitalismus.

Wer nun aber nach Alternativen sucht, muß radikal – also von der Wurzel her umdenken, sich von alten Schemata und Klischees freimachen. »Die Schwierigkeit liegt nicht in den neuen Vorstellungen, sondern darin, von den alten loszukommen« schrieb *J. M. Keynes* 1936 im Vorwort zur »Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«.

---

* Linz/Österreich

** in Österreich

*** Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Monatsschrift »Neue Ordnung« in Österreich, Linz, Wallnerstraße 45

**** Heinz-Peter Spahn »Stagnation in der Geldwirtschaft« S. 113

Der Unternehmer – selbst angetrieben durch die Macht des Geldes

Eines dieser Klischees ist die Vorstellung, daß sich die soziale Problematik im wesentlichen im *Gegensatz von Unternehmern und Lohnabhängigen erschöpft*. Natürlich stehen sich in einem marktwirtschaftlichen System auch die Anbieter von Arbeit, die Arbeitnehmer auf der einen Seite – und die Nachfrager nach Arbeit, die Arbeitgeber, – als Kontrahenten gegenüber. Und wie überall am Markt geht es dem einen um einen möglichst hohen und dem anderen um einen möglichst niedrigen Preis. So geht es auch um Durchsetzungskraft am Markt, woraus die Interessenpolitik entsteht und worin sie sich auch erschöpft.

In diesem Sinn wird natürlich Interessenpolitik auch solange aufrecht erhalten bleiben und bleiben müssen, als es die Trennung in Arbeitgeber und Arbeitnehmer gibt. Sie wird sich erst dann überlebt haben, wenn in »genossenschaftlichen« Betrieben alle zu Mitarbeiter-Unternehmern, zu Genossen, werden und gemeinsam über die Höhe der Privatentnahme und der Investition in Anlagen und Rücklagen entscheiden.

Daß diejenigen, die heute an den Machthebeln der Interessenpolitik sitzen, eine solche Vorstellung aus ihrem Eigeninteresse heraus nicht gerade propagieren, sei hier nur am Rande angemerkt.

Alle die aber in solchen genossenschaftlichen Modellen Erfahrung sammeln konnten, erfuhren sehr rasch, wie wenig sie nun als nicht mehr Lohnabhängige von den Triebkräften des Systems freikamen. Vielmehr wurde ihnen als nun rechtmäßige (Mit)eigentümer bewußt, wie sehr sie selbst in Abhängigkeit gerieten, Verpflichtungen zu erfüllen hatten. Das Eigentum an den Produktionsmitteln (Anlagen, Einrichtungen, Betriebsstoffe, Vormaterialien) kann nur durch rechtmäßigen Kauf erworben werden, wozu *Geld* erforderlich ist. Gleiches gilt auch für die Arbeitsentgelte. Und um dieses Geld zu beschaffen, ist ein Schuldverhältnis gegenüber einem Kreditgeber einzugehen, ein verzinslicher Gläubiger-Schuldner-Kontrakt abzuschließen, *der allein mit Geld erfüllt werden kann*. »Der Unternehmer ist an die Kreditbereitschaft eines Vermögensbesitzers gebunden und hat die Schuld in einem Medium zu refundieren, das er selbst nicht schaffen kann. *Die gegenüber dem Kreditgeber eingegangene Verpflichtung in Geld* zwingt den Unternehmer dazu, eine Warenproduktion im Sinne der MARX'schen Formel G-W-G' zu betreiben, das heißt bei seinem Geschäft eine Geldsumme zu realisieren. Dieses Liquiditätsproblem ist die Quelle des rationalen Wirtschaftens und des technischen Fortschritts.*

---

* Spahn, 113 f

Die »sozialistischen Länder« als »kapitalistische Unternehmer«

Wie sehr die Ausbeutung durch die Vergesellschaftung des Produktionseigentums *nicht* beseitigt wurde, zeigt uns die jüngste Entwicklung im »real existierenden Sozialismus« — wobei hier über eine Ausbeutung im Inneren dieser Zentralverwaltungswirtschaft gar nicht geurteilt werden soll. Die mangelhafte Entfaltung der Produktionskräfte in den RGW- Ländern — entgegen den theoretischen Vorstellungen von *Marx* — zwingt aber den Monopolunternehmer »Staat« immer wieder und in den verschiedensten Bereichen, an den kapitalistischen Markt heranzutreten, um Güter zu erwerben, die er selbst nicht oder nicht ausreichend bereitstellen kann. Trotz seiner physischen Größe, trotz intensivem Schutz gegen »reaktionäre« Unterwanderung tritt aber dadurch eine Unterwerfung unter und Ausbeutung durch das »Kapital« ein, die sich von den Entwicklungsländern graduell, aber nicht prinzipiell unterscheidet. Denn der kapitalistische Unternehmer muß eine Geldsumme realisieren — und so kommt man nur über Geld mit ihm ins Geschäft.

Dieses Geld gibt es aber nur am kapitalistischen Markt: So muß man dort zu dessen Bedingungen Waren zuvor gegen Geld verkaufen, oder zuerst Geld borgen und dieses später samt einem Mehrwert, den Zinsen, zurückzahlen. Doch wenn auch der »zuschüssige Mehrwert . . . in Form von Waren in die Cirkulation geworfen« ist, so ist »durch dieselbe Operation . . . nicht das zuschüssige Geld für die Cirkulation dieses zuschüssigen Warenwertes gegeben«*. Polen, Ungarn, Rumänen, Jugoslawen müssen nach außen eine Warenproduktion im Sinne der Marx'schen Formel G-W-G' betreiben, also nicht nur Güter erarbeiten; sie müssen diese als Waren auch — und selbst unter miesen Umständen — gegen Dollar oder D-Mark zu verkaufen suchen. Und so lastet auf den sozialistischen Staaten so wie auf jedem kapitalistischen Unternehmer der Druck der Schulden und des daraus entspringenden Zinsenstroms, der fließt und fließt und. . . Gerade letzterer erzwingt jetzt in diesen Ländern die Wirtschaftsreformen und gleichfalls ein »Gürtel-enger-schnallen« der Menschen. Ganz besonders für die Rumänen gilt auch das »Zahlen und verhungern für Zins und Zinseszins«.

Der Untergang der »Verstaatlichten« am »Meer des Kapitalismus«

Ähnlich schaut es mit Österreichs Verstaatlichter Industrie aus. Auch bei Beseitigung der privaten Eigentumsverhältnisse bleiben die von außen kommenden Verpflichtungen in Geld aufrecht; selbst bei reichlicher Eigenkapitalausstattung — und umso mehr bei Fremdfinanzierung: Verlangen doch auch die Arbeitnehmer — aber nicht nur sie — eine *Entlohnung in Geld*, damit sie

* Karl Marx, Das Kapital, Band 2

»draußen« am Markt kaufen können. So wird eine Vorfinanzierung in Geld auch von dieser Seite her notwendig. In diesem Moment muß sich aber auch die Verstaatlichte voll den Verpflichtungen in Geld unterwerfen, so wie sie heute bestehen. Auch sie muß am Markt früher oder später gegen Geld verkaufen, um ihre Verpflichtungen in Geld erfüllen zu können; wobei »später« immer auch heißt: einschließlich der inzwischen angefallenen Zinsen. Auch das Schiff »Verstaatlichte« muß am Meer des Kapitalismus nicht nur bestehen können. Es muß zudem so ausgestaltet und organisiert sein, daß es vor den anderen den Hafen erreicht, »Wo es das Geld gibt«.

Die Verstaatlichte hätte also zeigen müssen, daß sie höhere Produktivitäten durch teilweise Überwindung der »Anarchie der privatwirtschaftlichen Produktion« (Marx) hätte entfalten können. Anstatt den Gegensatz von Unternehmer und Lohnabhängigen nicht nur zu überwinden, sondern in ein Miteinander umzubauen, wurde durch die alleinige Ausrichtung von Betriebsrat und Gewerkschaft auf den »inneren« Gegner, den Unternehmer, versäumt, das Schiff »hochseetüchtig« zu machen. Das »soziale Sonnendeck« weit oberhalb der Wasserlinie des Schiffes, das man so aufgebaut hat, wurde bei Sturm auf hoher See bereits weggespült. Nun droht aber das ganze Schiff unterzugehen.

Es ist zu spät, wenn die »linke« Kritik jetzt vom bösen internationalen Finanzkapital spricht. Man hätte schon früher — Management und Mitarbeiter gemeinsam und unter Zurückstellung augenblicklicher Vorteile — dagegen etwas unternehmen müssen. Die Verstaatlichte wurde jedoch allein zur Pflege des Wählerpotentials mißbraucht.

Keynes, der Geldökonom, wird neu entdeckt

Radikales Umdenken heißt — im Sinne von *Keynes* — sich von alten Vorstellungen frei machen, um Raum für neue Gedanken, neue Erkenntnisse zu schaffen.

Solche neuen Erkenntnisse sind nach meinem Dafürhalten in der Arbeit von *Spahn** gut aufbereitet. Im weiteren sollen die mir wesentlichsten Gedanken daraus repliziert werden. Das Buch, das den Untertitel: »Dogmengeschichte, Theorie und Politik aus keynesianischer Sicht« trägt und *Egon Matzner* als verantwortlichen Herausgeber ausweist, ist geprägt von der Neuentdeckung *Keynes'* als *Theoretiker einer Geldökonomie*, als der er sich originär auch verstand.

* »Stagnation in der Geldwirtschaft« (1986)

. . . nicht jedes Angebot schafft eine Nachfrage

Keynes wendet sich schon 1933 gegen eine (neoklassische) Forschungspraxis, die vom Bild einer »barter-economy« (Tausch-Wirtschaft) ausgeht und Geld nur als Schleier über der Wirtschaft sieht, welches den Tausch zwar ökonomisiert, aber sonst nichts bewirkt. Er *erkennt, daß mit Geld vielmehr etwas in die Wirtschaft hineinkommt, welches bewirkt, daß eben nicht jedes Angebot – in Gütern gleichzeitig auch eine Nachfrage – nach Gütern schafft. Keynes wendete sich also gegen das SAY'sche Gesetz,* welches solches postulierte, *und führte den Begriff der »effektiven Nachfrage« in die Ökonomie ein.*

Diese tatsächliche, effektive Nachfrage weicht nun meist von jener Nachfrage ab, die Vollbeschäftigung gewährleistet. Damit entsteht der Begriff der *»unfreiwilligen* Arbeitslosigkeit« im Gegensatz zur *Neoklassik, die Arbeitslosigkeit nur als »freiwillig« anerkennt, insofern die Arbeitnehmer nicht bereit sind, solch niedrigere Löhne zu akzeptieren, die dann wieder zu einem Vollbeschäftigungs-Gleichgewicht führen.*

Diese neoklassischen Vorstellungen kann man auch heute wieder hinter der Forderung des »Gürtel-enger-schnallens«, hinter der Austerity-Politik, erkennen.

Marx hat dagegen das *Say*'sche Gesetz nicht thematisiert, obwohl er *darauf hinweist, daß es in einer Tauschwirtschaft durch das Dazwischentreten von Geld als Tauschmittel die Möglichkeit von Krisen gibt.* Indirekt bestätigt er es sogar, wenn er das Horten des beim Verkauf erworbenen Geldes nur als prinzipielle Denkmöglichkeit sieht, die der kapitalistischen Realität nicht entspricht. *Marx* feiert vielmehr den *akkumulierenden Kapitalisten* als den eigentlichen rationallen *»Schatzbildner«, der die angestrebte Vermehrung des Wertes dadurch erreicht, daß er das Geld immer wieder in die »Cirkulation« gibt (48). »Akkumuliert, akkumuliert, . . . also spart, spart, das heißt, rückverwandelt möglichst große Teile des Mehrwertes oder* Mehrprodukts *in Kapital**.*

Wenn man solches liest, wird die theoretische Basis der »linken« Kritik und Gegenposition in der Verstaatlichtenpolitik deutlich. Diese Gegenposition geht davon aus, daß die Verstaatlichte in einer wohlüberlegten Strategie zerschlagen wird, um so eine leichte Aneignung deren Produktionspotentials vor allem durch das deutsche Großkapital zu ermöglichen: Ausbeutung ist ja für Marxisten nur über Kapitalgüter möglich.

* Karl Marx, Das Kapital, Band 3

Das Geld — ein Geschöpf des Rechtsstaates

Diese Meinung findet aber gerade in *Keynes*'schen Überlegungen keine Bestätigung. *Keynes* benutzte ursprünglich gerade die *Marx*'sche Formel G—W—G', *um den geldwirtschaftlichen Verwertungsaspekt der Produktion zu betonen: Das Geld, nicht die Ware, steht am logischen Anfang- und Endpunkt dieses Prozesses.*

Die zeitliche Dimension dieses Wirtschaftsprozesses erfordert eine Abwicklung der Koordination im Marktsystem über Lohn- Preis- und Schuldkontrakte. Wesentlich für die Geldwirtschaft ist also nicht so sehr die Tauschmitteleigenschaft des Geldes, sondern seine Zahlungs- und Rechenmittelfunktion. *Geld dient zur Erfüllung von Kauf- und Schuldverträgen, weil diese Verträge in Einheiten von Geld festgesetzt sind.* Die Unsicherheiten der Zukunft, die durch die Entscheidungen der einzelnen Akteure, die sich gegenseitig beeinflussen, bewirkt wird, machen Geld zum einzigen »sicheren« Aktivum in einer »unsicheren« Welt. *Die* aus dem sequentiellen Entscheidungsprozeß resultierende *Liquiditätspräferenz verleiht damit dem Geld in der Marktwirtschaft eine zentrale Bedeutung.*

Geld dient zur Erfüllung von Schuldkontrakten und muß als Erfüllung dieser auch rechtmäßig akzeptiert werden. Geld ist deshalb ein *Geschöpf der Rechtsordnung*, es erfüllt seine Funktion als ein öffentliches, *ein gesellschaftliches Gut*.

Es sind also die Rechtsordung und der Rechtsstaat, die Geld als Mittel zur Ablösung von Verpflichtungen auszeichnen. Der Geldcharakter eines Zentralbankgeldes ergibt sich daraus, daß die Geldordnung dieses Geld als »letzte« Forderung bestimmt, die nur noch durch sich selbst eingelöst werden kann. Daraus folgt, daß alle anderen geldähnlichen Aktiva (wie etwa Giralgeld), Formen des Kredits darstellen, da hierbei noch die Möglichkeit der Einlösung in »letztes« Geld besteht.

Eine »Versicherungsleistung« des Staates begründet eine Geldeigenschaft, die Vollbeschäftigung verhindert

Somit ist aber auch jene besondere Eigenschaft des Geldes, welche sich in der Sicherheit der Zahlungs-Fähigkeit mit Geld — der Liquidität — ausdrückt, eine Geschöpf des Rechtsstaates. Es ist eine *Versicherungsleistung*, deren Erbringung eben auch Kosten verursacht. Die Präferenz, die damit dieser vollkommenen Liquidität des Geldes entgegengebracht wird, spiegelt sich wider in der Verzinsung von im Vergleich zum Geld weniger liquider Vermögensbestände. Als »Belohnung für die Aufgabe von Liquidität« ist der Zins »jederzeit ein Maß für die Abneigung derer, die Geld besitzen, sich von der liquiden Verfügung darüber zu trennen« *(Keynes)*.

Diese Abneigung wächst nun mit sinkendem Vertrauen in die zukünftigen Ertragserwartungen von Sachinvestitionen, der »Grenzleistungsfähigkeit von Realkapital« *(Keynes)*; so wie damit aber die Liquiditätspräferenz für das einzige »sichere Aktivum« in einer »unsicheren« Welt ansteigt, so steigt nun auch der Zins an. Es entsteht ein kumulativer Prozeß, in dem die Erwartungen der Vermögensbesitzer auch bestätigt werden: Ein sinkendes Vertrauen in die Ertragserwartungen von Kapitalgütern führt zu einer geringeren Nachfrage nach diesen, womit die Erträge tatsächlich sinken; andererseits bestätigen sich auch ansteigende Erwartungen in Finanzanlagen, da sowohl von seiten der Vermögensbesitzer als von seiten der Unternehmer erhöhte Nachfrage nach Geld besteht. Von ersteren aus dem psychologischen Moment der Unsicherheit, von letzteren wegen der ausbleibenden Erträge, die sie zwingen, ihre Verpflichtungen anderweitig zu finanzieren.

Für den daraus entspringenden stagnativen Charakter der Wirtschaftsentwicklung sah *Keynes* eine einzige Ursache: »Der Zinsfuß . . . kann für Jahrzehnte um ein Niveau schwanken, das dauernd zu hoch für Vollbeschäftigung ist«. Wenn nämlich die Liquiditätspräferenz ein zum Absinken der »Eigenzinsen« der Kapitalgüter paralleles Absinken des »Eigenzinses« des Geldes verhindert, *restringiert das Geld die ökonomische Aktivität*. Der Produktionsprozeß wird nicht soweit ausgedehnt, daß alle Ressourcen — etwa alle Arbeitskräfte — beschäftigt werden. *Keynes'* Vorstellungen liefen deshalb auf eine Senkung des Zinsfußes hinaus.

Spahn sieht dagegen in der Geldwirtschaft ein vielmehr zur Prosperität neigendes System, bei dem aber stagnative Phasen nicht ausgeschlossen sind. Jedoch sind Ressourcen-Beschränkungen, wie sie etwa bei Vollbeschäftigung wirksam werden, von großer Bedeutung. Dadurch werden nämlich inflationäre Prozesse ausgelöst, wie sie vom Arbeitsmarkt her bekannt sind. (*Philips*-Kurve).

Etwas unternehmen heißt »Sich-Verschulden«

Um den dynamischen Charakter der Geldökonomie — des Kapitalismus — zu verstehen, bedarf es aber eines *neuen Paradigmas* — also eines Erklärungsmusters — das *nicht vom Tausch* von Ressourcen ausgeht, sondern vielmehr von der Produktion von Ressourcen aufgrund von Ertragserwartungen. Die *Umwandlung von Geldvermögen in Kreditvermögen steuert die Erzeugung von Sachvermögen.*

Diese unsere Wirtschaft funktioniert also nur, wenn sich immer wieder irgend jemand bereit findet, sich zu verschulden, das heißt aber auch sein bereits erworbenes Vermögen auf's Spiel zu setzen. Der frühere Schuldner kann

nur dann von seinen Schulden frei kommen, wenn sich immer wieder ein späterer Schuldner findet, der ihn davon entlastet.

Von Schulden frei kommen kann man aber nur — mit Ausnahme der Schenkung — durch Leistung, also durch Erzeugung von am Markt Verkaufbarem. Wobei der Markt jener Ort ist, wo nicht Waren gegen Waren mit Hilfe des Geldes, sondern Waren gegen jenes Medium getauscht werden, mit dem die Schuldablöse vereinbart wurde: gegen Geld oder Forderungen auf Geld, die auf jeden Fall eine wesentlich höhere Liquidität aufweisen als das Angebotene.

. . . und vergib uns unsere Schuld . . .

Es ist das Geld, das uns aus unserer Schuld erlöst. Dieses »Erlöse uns aus unserer Schuld« als gemeinsame Sprache des Gebetstempels und des Geldtempels ist nicht zufällig. Sie weist auf die Entstehung von Geld hin, welches aus den Tempeln in Form umlauffähig gemachter »Schuldscheine« hervorging. Aus diesen auf Tontafeln festgehaltenen Kontrakten leitet sich dann aber auch die Schrift ab.

Der Umgang mit Geld weist also mehr als nur ein rationales Verhältnis dazu auf: Geld hat für uns auch einen zutiefst religiös–mystischen Charakter. Wir beten eben Geld auch an, weil es für uns noch immer einen Teil des heiligen Tempelvermögens darstellt, mit dem die Schuldscheine gedeckt wurden.

Das Spezifikum einer Bank ist, daß sie *nicht* wie der Vermögensbesitzer *Kredite* aus einem vorhandenen Vermögensbestand vergibt; sie *verleiht vielmehr Geld, das sie nicht hat.* Mit dem Kreditakt entstehen »aus dem Nichts« Forderungen der Banken und Verpflichtungen der Kreditnehmer in Einheiten von Zentralbankgeld. Unternehmen müssen somit eine zumindest den Zins abwerfende Produktion durchführen.

Zunächst gehen jedoch die Banken die Verpflichtung ein, Zahlungen in einem Geld zu leisten, das sie selbst nicht schaffen können. Sie »schöpfen« Kredite, niemals aber Geld: das mit der Kreditgewährung entstehende Giralgeldguthaben ist ja nur eine *Forderung* auf Geld. Mit der Bereitschaft der Akteure, solche Forderungen nun als Zahlung zu akzeptieren, wird der monetäre Spielraum weit über das Limit ausgedehnt, das die Bargeldmenge setzt. Mit dem Zahlungsvorgang selbst tritt dabei sonst nichts ein als die Übernahme der Schulden des Unternehmers »A« durch den Unternehmer »B« — einschließlich der angefallenen Zinsen. Und je nachdem, wie die Unternehmer beziehungsweise die Banken eben immer wieder bereit sind, solche Schulden — also Zahlungsverpflichtungen — zu übernehmen, *erweitern oder schrumpfen die »realen« Wirtschaftsaktivitäten.*

Über den Banken selbst schwebt an einem seidenen Faden ständig das Schwert »Liquidität«. Von diesem für die Banken konstitutiven Liquiditätsproblem enthebt sie auch nicht der moderne Zahlungsverkehr.

Um liquide zu bleiben, ist das Kreditgeschäft durch verzinsliche Zentralbankgeld-Einlagen seitens der Nicht-Banken abzusichern. Diese Hereinnahme von Depositen wird zu einer ständigen Aufgabe der Banken. Diese Depositen dienen aber nur zur Absicherung der Forderungen auf Zentralbankgeld »für alle Fälle«. Je nach »Vertrauen in die zukünftigen Erwartungen« *(Keynes)* besteht immer ein mehr oder minder großes Ungleichgewicht zwischen liquider Bedeckung und aushaftenden Forderungen, das allerdings nach oben durch die Vorgabe einer Mindestreserve begrenzt ist. Eine wachsende Wirtschaft benötigt aber demnach zusätzliches Zentralbankgeld, da ja die Bargeldquote nicht beliebig vermindert werden kann.

Die Wirtschaftspolitik zwischen Inflation und Hochzinspolitik

Um Ressourcen – als solche gilt ja auch die Arbeit – immer wieder zu beschäftigen, bedarf es also immer wieder neuer Verschuldungsvorgänge. Vollauslastung einer Ressource verlangt dann aber auch eine entsprechend große Verschuldungsbereitschaft.

Diese hohe Verschuldungsbereitschaft entsteht aber nur bei entsprechend hohen Erträgen aus der Verschuldung, also entsprechend hohen Renditen der Investitionen. Andererseits steigt aber mit der Auslastung der Ressource auch deren Preis, da ja damit der Wettbewerb eingeschränkt ist. Beides zusammen führt deshalb zu *inflationären Preisauftrieben*, nicht jedoch zu einer Umverteilung vom »Kapital« zur »Arbeit«.

Dieser Inflationsprozeß, der durch die erhöhte Nachfrage und damit erhöhte Verschuldungsbereitschaft der Unternehmer ausgelöst wird, bedarf aber auch einer monetären Alimentierung, die in letzter Instanz durch eine *Ausweitung der Geldmenge seitens der Notenbank* erfolgt. Die erhöhte Verschuldung der Unternehmer erhöht zwar die Geldforderungen, das heißt Forderungen auf »letztes« Geld, die Geld substitutieren. Gerade aber dadurch wird der Zinsfuß hinaufgetrieben, wenn solches »letztes« Geld nicht zusätzlich bereitgestellt wird. Ein Anstieg der Zinsen würgt aber dann die Vollbeschäftigung wieder ab, da sich die erhöhten Investitionen für die Unternehmer nicht mehr rentieren.

Der Tribut an die Vermögensbesitzer

Nun gehen mit der Inflation aber auch volkswirtschaftliche Kosten einher. Diese bestehen nicht nur in der Möglichkeit von *Fehlallokationen*, die sich aus der Unfähigkeit der Akteure ergibt, relative von absoluten Preisänderungen

zu unterscheiden: Ist der Preisanstieg durch eine erhöhte Nachfrage oder durch die Inflation bedingt? Die drohende Gefahr ist vielmehr die fortschreitende *Erosion des Geldsystems*, in der das Geld sukzessive seine Funktion als Wertaufbewahrungs- als auch als Rechen- und Tauschmittel verliert und die Ökonomie Züge einer Tauschwirtschaft annimmt. Letzteres deshalb, weil die Vermögensbesitzer immer weniger geneigt sind, Forderungskontrakte in Geld – die ja das konstituierende Element dieser Wirtschaft sind – abzuschließen. Sie flüchten in Sachwerte oder in andere Währungen.

Eine Politik des knappen Geldes ist somit ein *Tribut an die Vermögensbesitzer*, der diesen zu erbringen ist, will man den dynamischen Charakter dieser Geldwirtschaft grundsätzlich erhalten. Dabei ist bei allem Wenn und Aber zu bedenken, daß die derzeitige Variante zu diesem System weder umweltschonender noch humaner ist, aber zudem mit der Produktionsleistung zu kämpfen hat. *Heinson/Steiger* haben die Gründe hierfür überzeugend nachgewiesen.

Was heute bleibt, ist das Dilemma zwischen Geldpolitik und Fiskalpolitik: Letztere hat zu der nun überschwappenden Staatsverschuldung geführt, deren Folgen wir nun zu erleiden haben.

Gibt es daraus einen Ausweg? Einen Ausweg, der die Dynamik nicht bricht, aber vielleicht etwas einbremst, einen Ausweg, der auch unseren sozialen und ökologischen Vorstellungen entgegenkommt?

Es wäre sicher vermessen, dies zu behaupten. Eine entscheidende Verbesserung ist aber mit Sicherheit dann erreichbar, wenn wir einen Schritt aus dem vorliegenden System hinaus wagen.

Mit Vorbedacht wurde so deutlich der Charakter des Geldes – oder besser der Liquidität des Geldes – als öffentliches Gut, als Geschöpf des Rechtstaates, herausgestellt. Die *Liquidität kommt nicht kostenlos zustande*, da hierfür auch entsprechende Politik mit ihren Folgen zu betreiben ist; sie wird *jedoch kostenlos denen zur Verfügung gestellt*, die ihre Güter und Leistungen am Markt gegen Geld verkaufen können, das sie dann zu eigenem Vorteil nutzen, wenn sie Geldüberschüsse gegen andere Aktiva verleihen.

Unser Geldsystem – ein »Wohlfahrtsbazar für die Reichen«

Alle die nun solcherart zum *Nulltarif* über liquides Vermögen verfügen, sind ja zu einem Umstieg auf andere Aktiva mit geringerer Liquidität nur dann bereit, wenn ihnen der dabei entgangene Vorteil, die Liquiditätspräferenz, in Form der Zinses, in Geld entgolten wird. Wie fragwürdig nun dieser Nulltarif für die öffentliche Dienstleistung »Liquidität« ist, wird dann bewußt, wenn der Staat selbst als Schuldner auftritt. Er muß nun *ein Entgelt »Zins« für etwas zahlen, was er selbst laufend unentgeltlich produziert*. Es ist wie auf einem

Wohlfahrtsbazar, für den man Kuchen und Brötchen spendiert, die man dann auch selbst wieder zurückkauft.

Beispielsweise sei nur erwähnt, daß auf diesem »Wohlfahrtsbazar für die Reichen« allein vom Bund in den letzten 10 Jahren ein Betrag von rd. 300 Milliarden Schilling »gespendet« wurde. So hoch ist nämlich der Anteil der akkumulierten Zinsen allein aus dieser Zeit an der derzeitigen Bundesschuld von etwa 700 Milliarden.

Natürlich würde eine *Nutzungsabgabe* auf »letztes« Geld den Zins als Allokationsinstrument und als Differentialpreis für die Hereinnahme weniger liquider Aktiva nicht zum Verschwinden bringen. Da aber die Abgabe die Liquiditätspräferenz absenkt, sinkt auch der zu zahlende Zins in etwa auf den Saldo von (altem) Zins und der Abgabe. Eine Auslegung mit dem Ziel eines Null-Saldos ist denkbar. Wenn sie jedoch unbeschadet auch etwas höher ausgelegt werden darf, so darf sie doch nicht so hoch sein, daß das »Geld in der Brieftasche davon rinnt«.

Durch die Abgabe würde nun dem Staat vorerst eine wesentliche Erweiterung des Verschuldungsspielraumes für eine aktive Wirtschaftspolitik ermöglicht. Wenn nämlich der zu zahlende Zins in etwa um die Nullmarke herum pendelt und sich solcherart »positive« und »negative« Zinsaufwendungen über die Zeit ausgleichen, wäre zumindest das Ausufern des Zinsendienst es gebannt. Nochmals sei an den Anteil der Zinsen an der gegenwärtigen Bundesschuld – und deren Wachstum – erinnert!

»Nutzungsabgabe« und Inflation und was sie unterscheidet

Der oftmals vorgebrachte Einwand, daß ja die *Inflation bereits wie eine »Steuer auf Kassenhaltung«* wirkt, übersieht wesentliche Unterschiede. Die Nutzungsabgabe bewirkt – und soll sogar – Interaktionen auf den Vermögens-, Güter- und Arbeitsmärkten. Dies sind jedoch einmalige Anpassungsvorgänge an neue Randbedingungen, die klar erkennbar vorgegeben sind. Wenn man die neuen »Verkehrszeichen« einmal registriert und sein Fahrverhalten neu erkundet hat, werden sich neue Routinen sehr schnell einstellen. Man weiß nun, woran man ist.

Gerade darin unterscheidet sich die Inflation. Diese ist ja ein fortlaufender Prozeß, bei dem es zu einer fortlaufenden, meist unstetigen Veränderung (Schrumpfung) des Maßstabes »Währung« kommt, mit dem auch Kontrakte gemessen werden. Die daraus resultierenden Fehlallokationen am Güter- und Kapitalmarkt und die Erosion des Geldsystems wurden bereits erwähnt. Entscheidend ist, daß man eben bald nicht mehr weiß, woran man heute ist, und woran man morgen sein wird. Wie würden wir Entfernungen heute und morgen vergleichen, wenn man das Metermaß »inflationierte«?

Wenn Geld ein Medium sein soll, das die Gegenwart mit der Zukunft verbindet *(Keynes)*, dann muß dieses auch einen *währenden* Maßstab in sich tragen. Eine *Nutzungsabgabe* läßt diesen Währungs-Maßstab – im Gegensatz zur Inflation – unberührt. Preise zeigen somit klar, wieweit sich rationale (oder auch irrationale) Erwartungen bestätigen. Solcherart wird dann auch die Erosion des Geldsystems verhindert.

Es sind psychologische Momente, die die ökonomischen Entscheidungen sehr stark prägen: So ist auch alles zu unternehmen, um Ängste und dadurch ausgelöste Kurzschlußhandlungen – ebenso wie auch gegenteilige Stimmungslagen – zu vermeiden. Dieses spricht ganz deutlich für eine *Nutzungsabgabe* und gegen die Inflation.

Worüber die Wissenschaft nachdenken sollte!

Eine »Steuer auf Kassenhaltung« durch die Inflation führt – so *Spahn* – zu einer Modifikation des Entscheidungskalküls der Kassenhalter. Die optimale Geldhaltung vermindert sich, der Kauf von finanziellen Forderungsrechten wird relativ attraktiver, da die Verzinsung dazu beiträgt, den . . . Verlust zu mindern. . . Entscheidend ist, daß die verringerte Liquiditätsprämie zu einer Flucht aus dem Geld führt, von der zwar auch die Sachwerte . . . profitieren, die aber zugleich den Erwerb von Finanzaktiva begünstigt, weil diese bei Inflation (= Steuer auf Kassenhaltung) ein angemesseneres Substitut für das Halten von Liquidität darstellen.

Die Inflation ist eine Steuer auf Kassenhaltung, ebenso wie es eine *Nutzungsabgabe* ist. Letztere vermeidet, wie angedeutet, die meisten Nachteile der Inflation. Es bleibt die Frage der technischen Ausgestaltung einer solchen Abgabe, und wie eine Flucht in andere Währungen verhindert werden kann.

So ist es vorstellbar, das Zentralbankgeld (Bargeld) mit vorher unbekanntem Datum zum *Austausch* aufzurufen, wobei ein von der Zeit abhängiger Abschlag zu zahlen ist. Jedermann wird daher Bargeldhaltung tunlichst vermeiden, um nicht die oder der zu sein, den es erwischt. Das Bargeld wird sich so bei den Banken sammeln und der Zahlungsverkehr über Giralgeldkonten und ähnlichem erfolgen. Über diese Konten aber kann eine laufende Nutzungsgebühr leicht anteilmäßig zu- und aufgeteilt werden. Eine laufende Zahlung kann zusätzlich im Vergleich zur einmaligen vom Staat begünstigt werden.

Sicherlich ist nun nicht zu vermeiden, daß Kontrakte in anderen Währungen abgeschlossen werden. Wenn jedoch der Staat als der wohl größte Zahler seine Zahlungen nur in diesem Geld durchführt, so wird sich auf der Basis dieses Geldes allmählich auch ein neuer Vermögensmarkt aufbauen. Da alle die, die Liquidität nachfragen, verstärkt auf diesen Markt mit seinen günstigeren

Bedingungen zurückgreifen werden, ist ein sukzessives Durchsetzen der neuen Geldform anzunehmen.

Wieweit die gesunkene Liquiditätpräferenz dann Vollbeschäftigung herbeiführt, bleibt ungewiß. Daß sich der Staat aber dann viel leichter tut, die noch verbleibenden sozialen Aufgaben zu erfüllen, kann als ziemlich sicher gelten.

Literatur

H.-P. Spahn, Stagnation in der Geldwirtschaft Frankfurt/New York 1986
J. M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes Berlin 1936
K. Marx, Das Kapital, Bd. 1–3 Berlin 1962
G. Heinsohn/O. Steiger, Geld, Produktivität und Unsicherheit in Kapitalismus und Sozialismus, Leviathan 1981/1982
G. Heinsohn, Privateigentum, Patriarchat und Geldwirtschaft Frankfurt 1984

Währungsunion aber keine Weich-Währungsunion!

Hans Doerner

Es mehren sich die Stimmen in der Öffentlichkeit, die auf die Verwirklichung der Europäischen Währungs-Union (EWU) drängen. So hat der Finanzexperte der SPD, der frühere Bundesfinanzminister *Apel*, auf die besondere Dringlichkeit dieser Einrichtung hingewiesen. Auch Frankreich macht sich zum ausdrücklichen Befürworter gemeinsamer finanzieller Ziele. Es hat die Bundesrepublik bestimmen können, einen deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrat zu bilden. Bei dem Abschluß dieses Rates sind die Politiker *Kohl* und *Genscher* besonders aktiv hervorgetreten, ohne sich anscheinend zuvor mit den Finanzexperten, z. B. der Bundesbank abzustimmen. Das war sicherlich wenig zweckmäßig, denn der Zentralbankrat der Bundesbank macht nunmehr erhebliche Bedenken geltend. Diese Bedenken richten sich auf den Umstand, daß die Stellung der Notenbanken in Frankreich und der Bundesrepublik unterschiedlich geregelt ist. Während in Frankreich die Notenbank quasi eine Abteilung des Finanzministeriums ist und dessen Weisungen unterliegt, besteht für die bundesdeutsche Notenbank politische Unabhängigkeit, d.h., sie ist den Weisungen der Regierung nicht unterworfen. Man befürchtet also eine Aushöhlung dieser Unabhängigkeit und damit auch eine Beeinträchtigung der Geldwertstabilität.

Es ist daher nicht von der Hand zu weisen, wenn gefordert wird, daß in einer Präambel zum Vertragswerk die Verantwortlichkeit der Bundesbank für die Geldwertstabilität verankert wird, da im Text des Vertragswerkes das nicht ausdrücklich betont ist. Jedenfalls hat die Erklärung des Bundeskanzlers kürzlich im Parlament, die Unabhängigkeit der Bundesbank würde ebenso wenig durch die Vereinbarung beeinträchtigt wie die Verantwortung für die Währungsstabilität, keine rechtliche Verbindlichkeit. Es ist sicherlich erforderlich, diese Präambelregelung vor dem Beginn des parlamentarischen Ratifikations-Verfahrens festzulegen! In dem Text der getroffenen Vereinbarung kommt zum Ausdruck, daß völkerrechtliche Abkommen zu Gesetzen werden, wenn sie durch die Parlamente ratifiziert worden sind. Das hat zur Folge – entsprechend dem alten römischen Grundsatz »lex posterior derogat lex prior« (das ältere weicht dem neuen Recht) – daß dann das völkerrechtliche Abkommen dem deutschen Bundesbankgesetz vorgeht, wo keine Übereinstimmung besteht. So findet sich im Protokoll der Vereinbarung ein Satz, daß sich der Finanz- und Wirtschaftsrat »um Absprachen in allen Fragen bemüht, die seiner Ansicht nach in den Zuständigkeitsbereich der dem Rat angehörenden Minister fallen«. Eine bedenkliche Formulierung, wenn man daran

denkt, daß der Zuständigkeitsbereich der deutschen und der französischen Finanzminister in Bezug auf die Notenbanken völlig unterschiedlich ist. Außerdem muß man daran denken, daß die übrigen Partner des Europäischen Währungssystems (EWS) sicherlich wenig davon angetan sein werden, daß Frankreich durch den Verbund mit der BRD eine Vorzugsstellung eingeräumt wird. Konflikte und Interessenkollisionen sind damit vorprogrammiert!

Doch soll zunächst einmal die Entwicklung in der finanziellen Zusammenarbeit in der EG betrachtet werden, da diese Entwicklung für den weiterhin einzuschlagenden Weg wichtige Hinweise geben kann. Es war das Jahr 1971, als der EG-Ministerrat beschloß, innerhalb von 10 Jahren eine Wirtschafts- und Währungsunion zu schaffen. Die Geburtsstunde des EWS lag dann aber erst im März 1979, ins Leben gerufen durch *Helmut Schmidt* und *Giscard D'Estaing*, deren freundschaftliche Beziehung diesen Zusammenschluß begünstigte. Die damalige Dollarkrise machte einen solchen Zusammenschluß empfehlenswert. Es war vorgesehen, zwei Jahre nach Gründung einen Fonds der Europäischen Währungsunion zu bilden, mit dem Ziel späterer Umwandlung in eine Notenbank. Als europäische Verrechnungseinheit wurde die ECU (European Currency Unit) eingeführt. Doch bis heute führt die ECU ein Schattendasein, weil der hohe Anteil von »Weichwährungen« es nicht ermöglichte, neben der DM als Leitwährung zu bestehen. Sie verlor bis heute gegenüber der DM über 20% an Wert.

Die seit der Gründung des EWS abgelaufene Zeit hat bis heute bei allen Mitgliedern dieses Währungssystems gegenüber der DM außer bei Holland (lediglich -3,8%) zu beträchtlichen Währungsverlusten geführt: Belgien 23,8% – Dänemark 26% – Italien 36,3% und das in seinem Selbstgefühl so empfindliche Frankreich 31,1%. Wenn man diese Zahlen betrachtet, so ist die für eine Währungsunion doch wohl unerläßliche Stabilität bis heute jedenfalls im EWS nicht vorhanden. Im Gegenteil, in diesem Zeitabschnitt waren insgesamt elf Neufestsetzungen der Wechselkurse notwendig! Die Praxis hat gezeigt, daß es nicht möglich war, die Wechselkurse stabil zu halten. Wenn nun trotz dieser Erfahrungen die Bundesrepublik in eine Währungsunion gezwungen würde, so bedeutet das, sich in eine Inflationsgemeinschaft zu begeben! Es wird niemand behaupten wollen, daß damit der internationalen Bewertung der EG gedient wäre. Denn es darf doch kein Zweifel daran bestehen, daß bis heute die finanzielle Beurteilung des EWS davon profitiert, daß die DM als Leitwährung in der ganzen Welt als Zahlungsmittel neben Dollar und Yen angenommen wird.

Immer wieder muß die DM intervenieren, um, wie wieder Mitte Mai 1988, den Dollarsturz zu bremsen und auch innerhalb des EWS schwache Währungen zu stützen. Insbesondere wurden und werden für die französische Währung Milliarden eingesetzt. Wenn Frankreich nun den Wunsch hat und darauf

drängt, daß die Bundesbank den Franc als Reservewährung akzeptiert, d. h. sie verpflichten möchte, den Franc in ihre Währungsreserve aufzunehmen, so ist das aus französischer Sicht durchaus verständlich. Bisher muß Frankreich diese Stützungsbeträge als Kredit kurzfristig zurückzahlen. Das würde entfallen, wenn die Bundesbank verpflichtet ist, den Franc in ihre Währungsreserve aufzunehmen. Schon durch die erwähnte Dollarstützung sind erhebliche Dollarbeträge in den bundesdeutschen Währungsfonds geflossen, die durch deren Abwertung uns solche Verluste brachten, daß diesmal die Bundesbank nicht mehr die gewohnten Milliardenbeträge für den Haushalt zur Verfügung stellen konnte. Bei dieser Sachlage den französischen Franc dem Reservefonds der Bundesbank zuzuführen, wird verständlicherweise auf den Widerstand der Leitung der Bundesbank stoßen.

In den Wirtschaftsbeziehungen zu ihren EG-Partnern hat die Bundesbank regelmäßig einen beträchtlichen Handelsüberschuß. Auch hier besteht gerade gegenüber Frankreich ein besonderes Mißverhältnis, das uns gegenüber den Vorwurf mangelnder Solidarität ausgelöst hat. Doch solange die Partner keine solide Wirtschaftspolitik führen, kann man diesen Vorwurf nicht annehmen. Eine Europäische Währungs-Union setzt voraus, daß sich die Mitglieder des EWS einem gemeinsamen Stabilitätsziel verpflichten und sich nicht lediglich damit begnügen, sich an einer durchschnittlichen Inflationsrate zu orientieren. Ohne Zweifel muß es auch unser Ziel sein, wenn die wirtschaftliche Integration der Europäischen Gemeinschaft Wirklichkeit werden soll, daß wir eine Währungsunion mit einer europäischen Zentralbank ansteuern. Doch ist das nach den bisherigen Erfahrungen ein langer Weg, der nur dadurch verkürzt werden kann, daß sich unsere Partner nicht der Erkenntnis verschließen: Eine Europäische Zentralbank muß eine von den Regierungen und den Brüsseler EG-Behörden unabhängige Einrichtung sein, deren Disziplin sich alle Mitglieder unterwerfen müssen. Solange das gegenwärtige Prestige-Denken besteht und man auf souveräne Rechte nicht verzichten mag, ist der Weg zur Gemeinsamkeit verbaut.

Aus grundsätzlicher Sicht wird man zu den hier erörterten Gesichtspunkten eine in der Fachliteratur und auch in der Praxis wenig beachtete Überlegung anfügen müssen. Auch unsere in den letzten Jahren recht beständige Währung sollte durch die Einführung einer Umlaufsicherung des Geldes ergänzt werden. Auf die Dauer genügt es nicht, nur die Menge des umlaufenden Geldes bestimmen zu können. Das gegenwärtige Geldsystem krankt daran, daß eine Unterbrechung des Geldumlaufes nicht verhindert werden kann. Wer einsatzbereites Geld zurückhält, indem er trotz vorhandener Mittel z. B. nicht investiert, unterbricht damit den Wirtschaftsablauf. Wir haben zwar derzeit die festeste Währung – es war auch einmal anders! – durch eine Verbesserung der Geldtechnik könnte sie auch zur beständigsten werden!

Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.
Badstraße 35, 7325 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73

Arbeitslosigkeit als Schicksal?

Studientagung vom 17.–18. September 1988 in unserem Seminargebäude

Wer profitiert von Arbeitslosigkeit? Gesellschaftliche und politische Kräfte, die aus der aktuellen Ordnung der Wirtschaft Vorteile beziehen, werden gegenüber Reformansätzen Widerstand leisten.

Bei dieser Tagung soll versucht werden zu analysieren,

- wer »Opfer« und wer »Nutznießer« der gegebenen Verhältnisse ist;
- welche Ansätze einer evolutionären Lösung der Arbeitslosigkeitsfrage vorgeschlagen wurden;
- die Stellung der Wirtschaftswissenschaften gegenüber den Lösungsansätzen;
- welche Aktivitäten und Strategien insbesondere für die Tagungsteilnehmer und die weitere Arbeit des Seminars für freiheitliche Ordnung in Betracht kommen könnten.

Die Veranstaltung steht in einer langen Reihe von Veranstaltungen des Seminars für freiheitliche Ordnung zu diesem Themenkreis. Eine Überprüfung und Aktualisierung der bisherigen Ergebnisse sowie Vorschläge zur Weiterarbeit können Zielsetzungen der Arbeit dieser Tagung sein. Methodisch soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Situation, die Erfahrungen und Ziele der Teilnehmer in die Arbeit einzubeziehen.

Programmkonzeption

Samstag, den 17. September 1988

10.30 Uhr:
- Begrüßung
- Vorstellen der Tagungskonzeption und Planung der Arbeit
- *Einleitungsreferat I:* Thesen aus der Arbeit des Seminars für freiheitliche Ordnung »Ursachen von Arbeitslosigkeit« (Gawan Vogel, Frankfurt)

14.00 Uhr:
- *Einleitungsreferate II und III:*
- Wissenschaftliche Ansätze zur Diskussion von Reformvorschlägen der Wirtschaftsordnung (Prof. Dr. Dieter Suhr, Augsburg)
- Politisch-rechtliche Konzepte zur Überwindung der Arbeitslosigkeit (Jobst von Heynitz, München)

16.00–18.00 Uhr: Arbeitsgruppen zur Bearbeitung der Thesen

20.00 Uhr: Die Arbeit des Menschen – Vortrag (Dr. Lothar Vogel, Stuttgart)

Sonntag, den 18. September 1988

9.00–11.00 Uhr: Fortsetzung der Arbeit in Gruppen
Schwerpunkt: Schritte zur Förderung/Unterstützung von Lösungsansätzen in Wissenschaft (Prof. Dr. D. Suhr)
Rechtsleben (Jobst von Heynitz)
Wirtschaft (Gawan Vogel)

11.30–12.30 Uhr: Rundgespräch über die Arbeitsergebnisse
Schlußwort

Weitere Auskunft und Anmeldung beim Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. – Adresse siehe oben

Mitwirkende dieses Heftes:

Helmut Creutz, Wirtschaftspublizist
Monheimsallee 99–100, 5100 Aachen,
Tel. (02 41) 3 42 80

Dr. Hans Doerner, 8029 Ainring-Mitterfelden

Ernst Dorfner, Dipl.-Ingenieur
Wallseerstraße 45, A-Linz/Donau

Manfred Ehmer, Freier Journalist
Holbeinstraße 1, 7800 Freiburg, Tel. (07 61) 7 77 67

Dr. Wolfgang Kessler, Wirtschaftspublizist
Markgrafenstraße 54, 7750 Konstanz,
Tel. (0 75 31) 2 95 76 (Pressebüro, Dammgasse 7)

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« erschienenen Beiträge kann angefordert werden.

Zweimonatsschrift »Fragen der Freiheit«
Herausgeber: Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.
Begründet durch Diether Vogel †, Lothar Vogel,
Heinz-Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.,
D-7325 Boll, Badstr. 35, Telefon (0 71 64) 35 73

Preis: Jahresabonnement DM 48,—, sfr. 48,—, ö.S. 400,—

Wer die steuerlich als gemeinnützig anerkannte Arbeit des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. als *förderndes Mitglied* mit einem Mindestbeitrag von DM 90,— (sfr. 90,—/ ö. S. 750) pro Jahr unterstützt, wird über die Arbeitsergebnisse durch die regelmäßige, *unentgeltliche* Lieferung der »Fragen der Freiheit« informiert.

Einzelhefte: DM 8,50, sfr. 8,50, ö.S. 70,— zuzügl. Versandkosten

Sammelmappen: jeweils für 1 Jahr DM 10,—, sfr. 10,—, ö.S. 85,—
zuzügl. Versandkosten. Abonnement möglich

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20 011 (BLZ 610 500 00)
Raiffeisenbank Boll Nr. 483 000 000 (BLZ 600 697 66)

Postscheck: Frankfurt am Main 26 14 04-602
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30 71
Österreich: Postsparkassenamt Wien 7 939 686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4

Motto: Goethe, Sprüche in Reimen

ISSN 0015–928 X
Kaisser-Druck GmbH, 7335 Salach
Printed in Germany